



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914**

240 (26.5.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-165928](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-165928)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Beisitzerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postzuschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile ..... 1.20 Mk.

# General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“  
Telephon-Nummern:  
Direktion und Buchhaltung 1449  
Buchdruck-Abteilung ..... 341  
Redaktion ..... 377  
Expedition und Verlagsbuchhandlung .... 218 u. 7569

# Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 240.

Mannheim, Dienstag, 26. Mai 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst 12 Seiten.

## Ein englisch-russisches Flottenabkommen?

Rom Kontreadmiral a. D. Kalan vom Hofe.  
Nach anstrengenden Manöverübungen werden in der zweiten Hälfte des Monats Juni die Kriegsschiffe der englischen Nordflotte sich zerstreuen und in mehr oder minder großen Gruppen dänische, deutsche, norwegische und russische Häfen zur Erholung anlaufen. In den ersten Tagen des Monats Juli sollen diese Schiffe zur Fortsetzung ihrer Übungen wieder in der Nordsee versammelt werden. Dieser Vorgang, welcher in ähnlicher Weise unter Anlaufen von Ankerplätzen sowohl bei der englischen wie auch bei der deutschen Flotte sich Jahr für Jahr abspielt, bietet an sich keinen Anlass zu hochpolitischen Betrachtungen, insofern dort man den stiel Besuch des zweiten englischen Schlachtschiffgeschwaders, bestehend aus vier Schlachtschiffen und drei Kreuzern, in der Zeit vom 23. bis 30. Juni, während der Anwesenheit des Kaisers bei den Regatten des Kaiserlichen Jachtklubs, als ein Symptom für den erfreulichen Wandel ansehen, der in den deutsch-englischen Beziehungen eingetreten ist.

Als gänzlich verfehlt muß dagegen das Unternehmen gewisser politischer Sensationsmacher bezeichnet werden, den gleichzeitigen Besuch englischer Kriegsschiffe in russischen Häfen in Verbindung zu bringen mit angeblichen Bestrebungen des russischen Vizekonsuls in Paris ein englisch-russisches Flottenabkommen abzuschließen. Herr Jzwolski soll es, obwohl man ihn zu der offiziellen Besprechung der Politik gelegentlich des Besuchs des englischen Königs paares in Frankreich nicht hinzugezogen hatte, doch gelungen sein, einen auf die Kooperation der englischen und russischen Flotte abzielenden Vorschlag zu machen. Man läßt durchblicken, daß diesem maritimen Abkommen — wenn es erst perfekt ist — ein höherer Wert zukäme, als gelegentlichen Flottenbesuchen und daß daraus sich der künftige anglo-franco-russische Allianzvertrag entspringen könnte — o wie fern! wie superfein!

Wenn schon der russischen Diplomatie und besonders ihrem Pariser Vertreter jede Unversöhnlichkeit zugestanden werden kann, so darf man doch nicht so weit gehen anzunehmen, daß er die Gefahr der Mächtigkeit eines solchen Unterfangens übersehen könnte. Es ist nicht anzunehmen, daß das französisch-russische Flottenabkommen, welches der russische Admiralitätschef seinerzeit gelegentlich seines Erholungsurlaubes in Frankreich abgeschlossen hatte und das sich in wesentlichen auf Beschaffung, Lieferungen usw. be-

zog, zum Vergleich heranzuziehen; es hatte zunächst rein wirtschaftlichen Charakter; erst das Tam-Tam, welches darüber gemacht wurde, und die hohe Befriedigung, die der französische Nationalstolz aus dieser Stärkung der herzlichen Beziehungen zu laugen für nötig erachtete, gaben dem Abkommen einen politischen Beigeschmack. Ganz anders ist natürlich das russisch-englische Abkommen gedacht. Hier soll die russische Flotte, soweit sie schwimmfähig ist, mitwirken zur Niederwerfung des Dreibundes. Das könnte die russische Flotte vielleicht auch. Wer hätte aber heute schon vergessen, wie wenig diese Flotte trotz des ungeheuren Aufwandes und des großen Interesses der Regierenden für ihre Kriegsbereitschaft zu leisten imstande war? Sollten die Engländer sich nicht selbst bedauern, wenn sie gegenüber dieser Flotte das geringste Obligo eingeben und von ihr die beiläufige Hilfe erwarten müßten?

Von Zeit zu Zeit werden kleine und große Flottenprogramme aus Rußland bekannt, man hört von gewaltigen Aufwendungen für Kanonen- und Panzerplattenfabriken, Kriegswerten im Norden und im Süden, es laufen auch Kriegsschiffe vom Stapel, werden dann aber lange nicht fertig, weil immer etwas fehlt; man hört auch von heilsamen Erfahrungen, welche die Russen im letzten Kriege mit Japan gemacht hätten, daß ein früherer Wind allen Schlenkeran fortgesetzt hätte; trotzdem wird alles beim Alten bleiben, werden die Russen fortfahren, ihr Geld in das Wasser zu werfen. Sollten sie es wirklich wieder zu einem bedeutendsten Schiffsbauwerke gebracht haben, so würde doch die Erinnerung an die Vorgänge auf der Nordsee im Jahre 1904 aufleben und ernste Bedenken gegen ein Bündnis mit ihren Seeheiden wachrufen (spricht der Deutsche von Terzjaden, so sagt der Russe: glänzende Seeleute oder glänzende Seeheiden). Als sich die russische Armada dort abteilungsweise aus Furcht vor gegnerischen japanischen Torpedobooten durchzusehlichen machte, gerieten in der Dunkelheit zwei russische Schiffgruppen ineinander, während eine englische Fischereiflotte sich in der Nähe befand. Obwohl die Fischdampfer die üblichen Signallichter führten, wurden sie von den Russen für die gefährlichen japanischen Torpedoboote gehalten, mit Scheinwerfern beleuchtet und beschossen. Ein russischer Vize, welcher friedlich in seiner Koje auf einem der Kriegsschiffe schlummerte, wurde getötet, so heftig war das russische Feuer nach allen Seiten. Es ist zunächst wenig Aussicht, daß die Russen es in absehbarer Zeit zu einer Kriegsschiffen bringen können, die es einer großen Seemacht rathen erscheinen lassen könnte, mit ihren Diensten zu rechnen. Nach allem ist es unwahrscheinlich, daß die Engländer Herrn Jzwolski auf den Bein gehen könnten, vorausgesetzt, daß der Vorschlag zu einem englisch-russischen Flottenabkommen nicht eine Verfrucht der Saurerquentezeit ist.

## Kunst und Wissenschaft. Ein literarisches Rätsel.

Zum fünfzigsten Todestage von Sealstield. Postl, 26. Mai. Von Egon Notha.

(Nachdruck verboten.)  
Als Charles Sealstield, der als amerikanischer und als deutscher Schriftsteller, als „Dichter beider Hemisphären“, wie ihn einer seiner Biographen nennt, ein Menschenalter hindurch herab mit neuem Mut, vor einem halben Jahrhundert, am 26. Mai 1864 auf seinem Gut „Unter den Tannen“ bei Solothurn in der Schweiz im ewigen Ruhe die Augen schloß, läßt sein Testament ein Rätsel, um der Welt zugleich ein anderes oder vielleicht deren mehrere aufzugeben.  
Sealstield, der allen, die ihm persönlich näher kamen, als eine geheimnisvolle Persönlichkeit erschienen war, enthielt im Testament dies Geheimnis. Und doch wurde er und sein literarisches Lebenswerk gerade durch diese Enthüllung erst recht rätselhaft.  
Sealstield erzählte, daß er von Geburter Deutscher gewesen, am 3. März 1793 zu Popple bei Antrim in Irland geboren war, und

den Namen Karl Anton Postl geführt habe, als solcher nach vollendeter Gymnasialbildung in den Kreuzherrenorden in Prag eingetreten, aber von dort im Herbst 1822 nach Nordamerika entflohen sei, wo er den Namen Sealstield angenommen habe. Schon im Jahre 1826 war er dann nach Deutschland zurückgekehrt.  
Von Frankfurt aus hat dann der angebliche Amerikaner Sealstield im September des genannten Jahres dem Freiherrn von Cotta eine aus zwei Teilen bestehende Reisebeschreibung an, welche unter dem Verfassernamen Charles Sidons erschien, und nachdem er von Cotta als amerikanischer Korrespondent für dessen beide Blätter, die „Münchener Allgemeine Zeitung“ und das „Morgenblatt“ angeheißelt worden, reiste er zunächst nach London, um dort seine Reise- und eine anonyme Schrift über Oesterreich „Austria as it is“, die wegen ihrer freimütigen Beurteilung österreicher Zustände in Oesterreich verboten ward, und bezog sich im Juli 1827 nach Weiswör.  
Er bereiste dort die südwestlichen Staaten und Texas und vollendete in Kittinging, das er später als seine Heimat bezeichnete, seinen ersten amerikanischen Roman „Tolash, or the white rose“, der im Jahre 1828 in Philadelphia erschien und der in der Sprache und Schil-

## Die albanische Krise.

### Das Problem Essad Pascha.

Von der Vorzeit hat und einst verweilt, schwand sein Charakterbild in der Geschichte. Ist Essad Pascha der ehrliche Intrigant und Verräter, ist er es nicht? Die einen treten ebenso leidenschaftlich für ihn ein, wie die anderen ihn verurteilen. Einen Beitrag zur Erkenntnis des rätselhaften Mannes finden wir in einer römischen Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ vom 22. Mai. Es heißt dort:  
Kreuz der Verhältnisse waren sich von Anfang an darüber einig, daß nur ein fester Zusammenhalt Italiens und Oesterreichs bei der Behandlung aller albanischen Fragen imstande sein würde, das Dasein eines unabhängigen Albanens zu verbürgen und die offenen und geheimen Anwartschaften auf dem Balkan in Schach zu halten. Diese Anwartschaften sind in der Hauptsache natürlich mehr mittelbarer Natur und umfassen das politische Kräftefeld gewisser Großmächte. Ob nun Essad Pascha, der heute in Rom eintrifft, mit jenen herrlichen Kreisen Fühlung unterhalten hat, denen das französische Herz und der französische Weltbeutler nahesteht, oder ob er in irgend einem Konnex mit Konstantinopel gehandelt hat, das ist in diesem Augenblick von hier nicht zu übersehen. Am Ende könnten sich auch beide Fäden in Tirana zum Knoten geschnitten haben, den dann allerdings der Jähst im richtigen Augenblick durchgehauen haben würde. Essad Pascha hat sich selbst als loyal bezeichnet, aber das tat Kemal Bei ebenfalls bis zum Vorabend seiner Entlassung. Man braucht auch nur an die im vorigen Jahr erfolgte Ermordung Mirza Beis im Innern von Albanien zu erinnern, der von den Jungtürken nach Albanien geschickt ward, um dort Propaganda für die Thronkandidatur eines türkischen Prinzen zu machen. Unzählige Anzeichen sprechen dafür, daß die Kompetitionen zwischen Muslimen und Christen vorüberhand greifbar werden, einen günstigen Nährboden für alle möglichen Verwilderungen in Albanien zu bilden. Essad Pascha war nach allgemeiner Ansicht die gefährlichste Verkörperung des Gedankens der Rassen- und Religionsaggenässe in dem neuen Balkanreich. Nachdem Essad als Besiegter Skutari verlassen hatte, sammelte er in seiner engeren Heimat Truppen, um sich, um seine Macht zu zeigen und sich dadurch Europas, das auf der Suche nach einem stärksten war, als Kandidaten zu empfehlen. Als sich seine Hoffnungen als trügerisch erweisen hatten, änderte er seine Taktik und ward loyal, um an der Seite jedes beliebigen Landesheeren in Wahrheit die

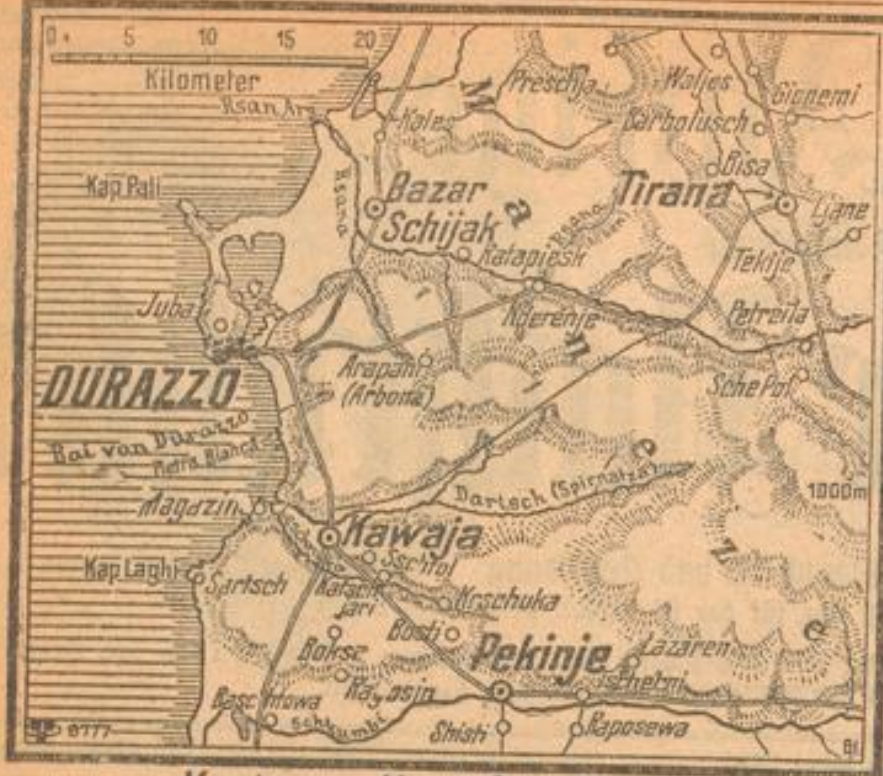
Geschichte des Landes zu leiten. Man darf annehmen, daß er die Verwirklichung seiner Pläne nur vertagt, aber nicht aufgegeben hat. Möglicherweise wäre es ihm auch gleichgültig gewesen, mit wessen Hilfe er eines Tages seine Pläne verwirklicht hätte, aber er versprach sich doch das meiste von den Mächten des Zweibundes. Das hinderte ihn nicht, in ansehnlich fast demütiger Weise um die Freundschaft von Wien und Rom zu werben, und es gelang ihm dies in Rom wohl etwas besser als in Wien, weshalb er denn auch jetzt in Italien die künftigen Tage der Verbannung zubringen möchte. Nach der Ansicht italienischer Politiker haben die Oesterreicher schon seit längerer Zeit die Entdeckung gemacht, daß Essad ihren wirtschaftlichen Bestrebungen in Albanien einen verdeckten Widerstand entgegensetzt. Man kann dem Schicksal Essads auch eine tragische Seite abgewinnen. Ein reicher Albanier älteren Stammesadels, General und Abenteurer zu gleicher Zeit, verschlagen und mutig, klug und hersehüchtig, erachtete er sich selbst und vielen seiner muslimanischen Landsleute als der vom Schicksal bestimmte Herrscher über Albanien, und nur ist er, mit einem der höchsten italienischen Orden erst vor wenigen Monaten geschmückt, als junger Sieger in dem Machtkampf mit dem jungen Landesfürsten in die römische Verbannung gezogen. Für immer?

### Die Haltung der Mächte.

R.K. Paris, 25. Mai. (B. u. f. Korresp.)  
Die „Liberte“ beklagt es, daß Frankreich veräumt habe, einen kühnigen Vertreter an die adriatische Küste, hinter welcher etwas vorgehe“, rechtzeitig zu entsenden. Jetzt sei man hier auf die Nachrichten angewiesen, welche Oesterreich oder Italien zu verbreiten für gut finden. Diese seien mehr der Wiederbegehr der Hofintrigen, als den Verträgen der durch den Staatsstreich hervorgerufenen Panik gewidmet. Nicht zu Vieh habe es für gut gefunden seine Maßregeln gegen seine Muslime zu hegen. Nun sei die internationale Kommission eingezogen, um dieser Taktik ein Ende zu machen und es erstrue hier, daß die ausländischen Deputierten dem französischen Vertreter die Initiative und den ersten Erfolg der Verständigung zueräumen. Zwischen den Konzessionen sei kühnig ein Meinungsaustrausch über die Hypothesen und Unsicherheiten im Gange. Aus diesen Unterhaltungen gehe als bestimmt nur das hervor: daß die Mehrheit der Mächte die gemeinsame Intervention in Albanien auf das äußerste Maß beschränken wolle. Nur in gewissen Wiener Kreisen trete man für die Entsendung eines internationalen Expeditionskorps

berung so oft amerikanisch ist, daß niemand auf den Gedanken kommen kann, ihn habe ein Eingewandrer nach so kurzem Aufenthalt in Amerika geschrieben.  
Im Jahre 1829 trat er dann in die Redaktion des bonapartistischen Blattes „Le courrier des Etats unis“, welches der damals in New York lebende Erlkönig Joseph angekauft hatte, und bezog sich im Dienst dieses Blattes nach dem Süden, wo er in Louisiana seine Erdparnisse anlegte. Im Jahre 1831 kam er mit Austragen des Königs Joseph nach Paris, von wo aus er für amerikanische Blätter schrieb. Nach kurzem Aufenthalt in London kam er dann 1832 nach der Schweiz, wo der amerikanische Schriftsteller dann seine deutsche schriftstellerische Tätigkeit begann, die, obwohl seine Werke zunächst anonym erschienen, sofort großes Aufsehen erregte.  
Zuerst erschien der Roman „Das Legitime und der Heimbürger“, der eigentlich nur eine Umarbeitung seines erwähnten Romans „Tolash“ war, dann „Der Krieg und die Kritiker“, „Transatlantische Reise“, „Lebensbilder aus beiden Hemisphären“, „Brautfahrt Ralph Doughbys“, und alle diese Werke fanden so glänzende Rezensionen, daß alle Welt von dem „großen Unbekannten“ sprach, und erst nach und nach wurde es offenbar, daß der Autor dieser glänzend geschriebenen

Werke der seiner Umgebung eigentlich recht einfach erscheinende Amerikaner Sealstield sei, der zwar drüben in Amerika allerlei merkwürdige Dinge erlebt haben wollte, daß er vielen etwas unheimlich erschien, dem man aber eigentlich die Autorschaft so farbenprächtig Roman Schilderungen zugestanden haben würde.  
Und so hat es denn in der Umgebung dieses geheimnisvollen Mannes, von dem es ganz zweifellos war, daß er über seine amerikanische Vergangenheit Dinge erzählte, die offenbar Fiktion waren, zumal er sie verschiedenen Personen in anderer Weise berichtete, zahlreiche Personen gegeben, die überhaupt daran zweifelten, daß er diese Werke wirklich verfaßt habe, und welche in ihm nur den Ueberleber eines unbekannt gebliebenen amerikanischen Dichters erblickten.  
In dieser Annahme wird man noch durch eine merkwürdige Tatsache beharrt: Sealstield hat trotz der glänzenden Erfolge seiner Schriften in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens nichts hervorgebracht. War fand sich in seinem Nachlass ein Werk, die „Graveschuld“, das Alfred Meißner dann herausgab, aber es bleibt immerhin zweifelhaft, ob dies Werk nicht auch früher entstanden war und seine Herausgabe aus irgendeinem Grunde unterblieb. Und es ist so vor sicher, daß Sealstield andere Lebensleistungen, von denen er Bruchstücke Bekann-



Karte zum Kampf um Durazzo.

ein Europa habe dem Fürsten zu Wied eine Eskorte zum Einzug bewilligt; es sei nunmehr auch zu einer Rückzugs-Eskorte bereit. Aber es stelle keine Eroberungsarmee zur Verfügung des Fürsten von Albanien.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unv. Verl. Bur.) Aus Rom wird telegraphiert: Der Minister des Äußeren Wiedersche di San Giuliano wird heute in der Kammer mitteilen, daß Italien angeht die Vorkämpfe in Albanien den Großmächten den Vorschlag unterbreitet hat, die Vollmachten der internationalen Kontrollkommission in Albanien zu erweitern und die Sorge um den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Sorge der gesamten Zivil- und Militärverwaltung zu übertragen.

An Berliner unterrichteter Stelle ist nichts davon bekannt, daß San Giuliano den Großmächten einen solchen Vorschlag unterbreitet hätte. Man meint auch, daß die Kontrollkommission de facto jederzeit an der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung mitwirken könne, ohne daß ihre Vollmachten für diesen Zweck besonders erweitert zu werden brauchen.

### Die Bedrohung Durazzos durch die Aufständischen.

Augenblickliche Ruhe in Durazzo.

w. Rom, 26. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo vom 25. Mai: Die Nacht ist sehr ruhig verlaufen. Auf Befehl des Fürsten wurden heute Vormittag seine Kinder von der Risarata ausgeführt. Der österreichische Contreadmiral hat dem italienischen Contreadmiral persönlich mitgeteilt, er habe beschloßen, Matrosen zu landen, um zusammen mit den italienischen den Sicherheitsdienst für die Königsfamilie aufzunehmen.

Etwa 50 albanische Gendarmen sind an Bord eines österreichischen Torpedobootes angekommen.

Die Aufständischen fordern die Wiederherstellung der türkischen Regierung.

w. Durazzo, 26. Mai. (Agence Stefani.) Der gestrige Tag verlief ruhig. Heute Morgen wurden die letzten Verwundeten aus Schial abgeholt. Die Aufständischen ließen die Verwundeten an Ort und Stelle behandeln. Die Zahl der Zurückgekehrten beträgt 160. Die Kontrollkommission ist in der italienischen Gesand-

tschaft unterdrückt. Aus welchem Grunde geschah es? Kein Mensch vermag das zu erklären.

Sealsfield hat von der Schweiz auch noch einige Male Amerika angelehrt; zuletzt hielt er sich 1853 bis 1858 dort auf, um dann als reicher Mann nach Europa zurückzukehren und sich in Solothurn jenes Bestium anzukaufen, das ihm zum Sterbepfand wurde.

Schon in früheren Jahren wollte er in Amerika große Reichtümer beschaffen, aber durch den Bankrott eines Geschäftsfreundes in New Orleans verlor er alles. Und er machte die widerspruchsvollsten Angaben über die Herkunft seines Reichtums, so daß noch viel merkwürdiger Vermutungen entstanden. Man nannte ihn einen reich gewordenen Seeräuber, Sklavenhändler, Schmuggler, Fälscher. Er selbst gab an, von seiner Frau, die kurz vor der Hochzeit starb, ein Vermögen geerbt zu haben, das dann durch Spekulation sich sehr vergrößerte. Doch hat Sealsfield zu verschiedenen Malen, da er sich verheiraten wollte, seinen Zukünftigen als er um sie ward, mit unendlich größeren Reichtümern und Verbindungen, die er ihnen für die Zukunft im Falle der Verbindung mit ihm machte, gepredigt, als er sie schließlich niemals beschaffen. Andererseits war er aber trotz dieser angeblichen Reichtümer einfach, ja oftmals sogar geizig und hatte im Alter sogar Angst vor Verarmung.

Dann erzählte er wiederum von einem Sohne, in dem er zwei Söhne, die er in Amerika besch. Sicher ist auch, daß er in Amerika sich zuerst nicht Sealsfield genannt hat sondern noch einen anderen Namen führte.

schafft zusammengesetzt. Sie begab sich darauf in das Palais des Fürsten. Das Ergebnis der Besprechungen wird geheim gehalten. Auch eine Kommission der Rationalisten begab sich in das Palais um über die innere Lage und über die Maßnahmen zu beraten, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt notwendig sind. In Schial wird die Ankunft aufständischer aus Triana erwartet, welche gleichfalls ihre Wünsche der Kontrollkommission vorbringen wollen. Es heißt sie wollen die Wiederherstellung der türkischen Regierung verlangen.

### Entsendung internationaler Truppenabteilungen zum Schutze der fürstlichen Familie.

w. Rom, 26. Mai. Die Agencia Stefani meldet aus London, die russische Regierung teile der englischen und französischen Regierung mit, daß sie mit der Entsendung von internationalen Truppen- Detachements nach Durazzo zum Schutze des Fürsten Wilhelm und der Kontrollkommission einverstanden sei. Die französische Regierung sei ebenfalls geneigt, die italienische Regierung besteht darauf, die Regierungen von Oesterreich-Ungarn zeigten keinen Widerstand. Die Entscheidung der deutschen und englischen Regierung ist noch nicht bekannt.

### Durazzo von den Aufständischen genommen?

□ Berlin, 26. Mai. (Von unv. Verl. Bur.) Aus Rom wird gemeldet: Ein Gerücht besagt, daß Durazzo von den Aufständischen eingenommen sei, daß die fürstliche Familie, die Diplomaten und Fremden sich an Bord der Schiffe befinden.

### Esad Pascha.

w. Rom, 26. Mai. Die Blättermeldungen, nach denen gestern der Ministerpräsident di San Giuliano Esad Pascha empfing, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Esad Pascha ist gestern nach Neapel abgereist.

So ist denn, wie gesagt, das durch sein Testament enthaltene Rätsel nicht das einzige seines Lebens gewesen, in diese Enttüllung weist zahlreiche Fragen. Warum trat er mit der Enttüllung erst im Testament auf? Warum war er Jahrzehnte nach seiner Flucht aus dem Kloster noch so mißtrauisch und verschlossen? Was hat er denn zu befehlen gehabt, wenn die Wahrheit früher ans Licht kam? Einer der Sealsfieldforscher, der Schweizer J. Demmann, meint zu dieser Frage, daß sein hohes Selbstgefühl es verhinderte habe, früher das Geheimnis zu lüften. Demmann sagt: „Rezenionen ansuhalten, verurteilt einem Schriftsteller gewiß kein bedägliches Gefühl. Was ist aber erst eine Projektion des persönlichen Lebens, welche mit der Dichtung des Dichters unauflöslich verbunden worden wäre! Auch genügte einem solchen Charakter schon der Gedanke, vom interessanten Amerikaner zum simplen Oesterreicher herabzusinken und damit auf den Vorsehung zu verzichten, den ihm der bloße Name verlieh.“ Kann das wirklich ernsthaft gesagt sein? Hätte nicht gerade die interessante Vergangenheit des entflohenen Klosterbruders ihm, der sich stets mit dem Haube eines bewegten Lebens zu umhüllen pflegte, noch mehr des Ebantastischen und Romantischen verliehen? Nein, man möchte doch wohl der Meinung eines anderen Schweizer beistimmen, der persönlich kannte, und der sagt, daß der „finere Schatten, den die genialer erbrosene Klosterzelle auf seinen einsamen Lebensweg geworfen hat, wohl nicht das einzige Geheimnis gewesen sein mag, welches er mit Aufbietung einer merkwürdigen Willenskraft noch vom Rande des wirklichen Grades zurückzuziehen.“

## Politische Uebersicht.

Montheim, den 26. Mai 1914.

### Regierung und Handwerk.

In Verfolg der vom Reichstag beschlossenen Resolution, wonach der Bundesrat der beim Deutschen Handwerks- und Gewerbetag errichteten Hauptstelle für das Verbindungswesen einen jährlichen Zuschuß von 30 000 Mark gewähren soll, fand im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Caspar eine Besprechung zwischen Vertretern des Bundesrats, Mitgliedern des Reichstags und Delegierten der Handwerksorganisationen statt. In der Konferenz waren auf Einladung des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern vertreten das Reichsfinanzamt, das Reichsministerium, die Reichspostamt, die Reichseisenbahnen, die preussischen Ministerien des Innern, der öffentlichen Arbeiten und das Kriegsministerium, von den Bundesstaaten Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg und Hamburg. Vom Reichstag waren Vertreter aller bürgerlichen Parteien erschienen. Vom deutschen Handwerks- und Gewerbetag, der Handwerkskammer Berlin, dem Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, dem Hauptverband deutscher gewerblicher Gewerkschaften, dem Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgewerkschaften und dem Deutschen Werkbund waren Vertreter anwesend. In der sehr eingehenden Aussprache erklärten sich mit Ausnahme des Vertreters von Hamburg die Vertreter aller Bundesstaaten und die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien für die amtliche Unterstellung der Hauptverbindungsstelle, so daß mit der Bewilligung des Reichszuschusses bestimmt gerechnet werden kann. Ferner hat im Kriegsministerium zwischen dem Vorstand der Hauptverbindungsstelle des deutschen Handwerks, der von den Handwerkskammern zu Berlin, Hannover, Karlsruhe und Neudamm gebildet wird, und dem Chef der Unterforschungsabteilung, Oberst Friedrich, sowie dem beteiligten Deputierten eine längere Konferenz über die Wünsche des Handwerks zu den Bedingungen der Herabsetzung der Beiträge der Handwerker des Handwerks haben um größere Berücksichtigung des angemessenen Preises und Zuziehung von Sachverständigen des Handwerks bei der Preisfestsetzung. Die Vertreter des Kriegsministers sagten gegenüber diesen Wünschen des Vorstandes der Hauptverbindungsstelle ein wohlwollendes Entgegenkommen zu.

### Deutsches Reich.

— Zur Klosterfrage. Die Jahresversammlung des Westfälischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes beschloß folgende Kundgebung: Die Abgeordneten- und Mitgliederversammlung des Westfälischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes in Gattlingen erhebt lebhaften Einspruch gegen die im Preussischen Abgeordnetenhaus beantragte „Gleichstellung“ der katholischen trankenslegenden Orden mit den sich der Krankenpflege widmenden evangelischen Vereinigungen. Die Orden sind durch ihre enge Verbindung mit der katholischen Kirche, durch ihre dauernden Gelübde, durch ihre Unterordnung im absoluten Gehorsam unter ihre Oberen und durch ihre häufige Verwendung im Sinne der Propaganda grundsätzlich andere Gebilde als die Genossenschaftsformen der evangelischen Krankenpflege jeder Art. Wenn sich katholische Mitglieder zu freien trankenslegenden Vereinigungen nach Art der übrigen Vereine zusammenschließen, so ist die „Gleichstellung“ der katholischen Orden in ihrer eigenartigen Gestaltum würde das staatliche

Rechtsrecht der Aufsicht aufheben und zu einer tatsächlichen Invariabilität zuzunehmen der evangelischen Kirche und des konfessionellen Friedens führen. Wir verweisen auf die ungenügende Vermehrung des Ordensmitglieds in Preußen, wo seit 1862 die Zahl der Ordensmitglieder sich um fast das Doppelte, von 19 000 auf 36 841, vermehrt hat und jährlich rund 2000 hinzukommen.“ In der Abgeordneten- und Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß im letzten Jahre eine ungewöhnlich große Zahl ultramontaner Vorkämpfe im Reich, wie in den Einzelstaaten zu verzeichnen war. Die Versammlung erneuerte im Hinblick darauf unter anderem die entsprechende Forderung, daß das bestehende Ausschließungsrecht nicht weiter abgeschwächt, sondern nach seinen Bestimmungen allenthalben gehandhabt werde.

## Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 82. Sitzung.

□ Karlsruhe, 26. Mai.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt, Ministerialdirektor Schulz, Staatsrat Generaldirektor Roth und Regierungskommissar.

Saus und Fräulen sind gut besetzt. Nach Bekanntgabe der Eingänge wird in die Tagesordnung eingetreten:

### Eisenbahnbetriebsbudget.

Finanzminister Dr. Rheinboldt geht auf die dem Hause vorliegenden Anträge ein. Zunächst die Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahner. Eine reichsrechtliche Regelung sei weder notwendig noch zweckmäßig; ebenso eine anderweitige gesetzliche Regelung. Die Schweiz sei gesetzlich vorgegangen gegen das Privatbahnsystem; sie könne nicht als Beispiel für unsere anders gelagerten Verhältnisse herangezogen werden. Auch die Gewerbeordnung könne hier nicht angezogen werden. Das Verhältnis als Staatsarbeiter sei Sicherung genug; der Staat braucht nicht noch besonders gesetzliche Bestimmungen. Milderung von Sätzen lasse sich der Staat immer aneignen sein.

Was die gesetzliche Festlegung der Eisenbahntarife nach dem Antrage Muser betreffe, so sei ein Vergleich mit dem Steuerwesen nicht angebracht; eine gesetzliche Bindung der Transporttarife sei unzulässig. Herr Muser habe hier Bismarcks Eisenbahnbestimmungen zitiert aus dem Ende der 1870er Jahre; damals habe aber der Kampf dem Privatbahnsystem gegolten.

Das Verhältnis des Staates zu den Staatsarbeitern sei kein Gewaltverhältnis; der Staat tue für seine Arbeiter, was er könne, und mehr als in privaten Dienstverhältnissen der Fall sei. Die Regelung der Arbeitszeit des Rangierpersonals sei unserer Erachtens ausreichend erfolgt; die allgemeine schematische Einführung des Vorkundentags empfehle sich nicht für den Rangierdienst. Den Klagen über allzuhohen Nachtlohn wurde nachgegangen, und wurde für Abhilfe gesorgt. Eine mehr als viermalige Wiederholung des Nachtlohnendienstes wird zur Seltenheit werden. Der Minister berührt gegenüber den Anträgen auf Lohnaufbesserung um 20 Prozent auf die Aufbesserungen der letzten Jahre hin; eine weitere Aufbesserung um 10 Prozent ab 1. Juli 1914 sei in den Etat eingestellt, womit eine Verteilung der Dispositionen verbunden werden soll. Die Kosten der gesamten Lohnaufbesserung belaufen sich auf 1 200 000 Mark. Das macht eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 82 Mark pro Jahr aus. Boden stehe an der Spitze der Staaten, was die Löhne anbelange. Immerhin müsse Rücksicht auf die Verhältnisse in der Industrie und Landwirtschaft genommen werden. Ob die Lohnerhöhung von 20 Prozent bewirkt werden könne, sei beim Nachtragsetat zu prüfen. Der Antrag zu den Staatsarbeitern stelle beweislos dar, daß diese Stellen nicht schlecht sein können.

Das Jugbegleitpersonal können wir in diesem Budget nicht mehr vermehren, dagegen werde hinsichtlich des Lokomotivpersonals eine Vermehrung um 25 in Erwägung gezogen. Das würde die Beförderungsverhältnisse der Heizer verbessern. Bei der Befegung der Stationsämter werde das Dienstalter berücksichtigt, was zur Folge habe, daß auch die mittleren Eisenbahnenbeamten an die Reihe kommen. Die Eingehilfskräfte in der Vorbildung sei wünschenswert.

Es waren also offenbar auch für andere Interessen vorhanden, das Geheimnis zu wahren und die Rätsel des Lebens dieses Unbekannten weiter zu spinnen, die nun wohl niemals völlig gelöst werden können.

Die Nachwelt hat es aber nur mit den Worten zu tun, die ein Unbekannter der Welt schenkte, ein Autor, der sich Sealsfield nannte und Postel gewesen sein soll, Werke, von denen es nicht feststeht, ob er sie wirklich selbst verfaßt hat oder nur aus Manuskripten eines unbekannt gebliebenen übersehte. (In dieser letzteren Ansicht sühren außer den angegebenen Gründen auch noch die, daß Sealsfield-Postel in allen Briefen, die von ihm vorhanden sind, keine Spuren des Geistes seiner Werke verriet; daß er auch ferner in Gesellschaft geistig bedeutender Menschen sich niemals wohl fühlte und offenbar geistlich die Gesellschaft von Personen aufsuchte, die irrandische literarische Anteilnahme nicht besaßen.

Aber diese Werke haben dem, der sie unter seinem Namen erscheinen ließ, ein Andenken in der Weltliteratur, denn einzelne dieser Werke, z. B. „Ein berühmtes Kämmenbuch“, eine prächtige Schilderung amerikanischer Lebensverhältnisse einer Wasserfahrt, keine „Deutschamer-

Roch merkwürdiger muß es beinahe erscheinen, daß es ihm gelang, dies Geheimnis immer zu wahren, denn gerade dadurch, daß er so viel Widerspruches über sich verbreitete und dadurch, daß seine ganze Persönlichkeit einen unheimlichen Charakter offenbarte, erreichte er das Gegenteil von dem, was er vorhatte: anstatt die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, verurteilte er, daß alle Welt sich mit dem interessanten Amerikaner beschäftigte, einem Amerikaner, der ein Deutsch sprach mit deutlicher Dialektfärbung, die auf österreichische Herkunft schließen ließ, einem Amerikaner, der deutsche Dichtwerke veröffentlichte. Sollte da niemand auf den Gedanken in den langen Jahren gekommen sein, daß dieses Amerikaners Wiege nicht in Amerika gestanden haben kann?

Und die Romantik, die sich um Sealsfield-Postel rankte, überdauerte seinen Tod. Wie er bestrahlt gewesen war, das Geheimnis seines Lebens zu verhalten, so waren es andere nach seinem Tode noch. Der erwähnte Schweizer Forscher J. Demmann berichtet, daß, als er Nachforschungen anstellte über des großen Unbekannten Beziehungen zu den Freimaurern, er auf hartnäckige Schwierigkeiten stieß, und daß von derselben Seite die falsche Behauptung aufgestellt wurde, Sealsfield sei gar nicht Freimaurer gewesen. Er berichtet: „Auch von anderer Seite wurde mir in allem, was die Loge betrifft, Vorlicht erwiesen und diese Mahnung mit der Pflicht begründet, daß zu weit getriebene Neugierde die Vermachtung der noch vorhandenen Quellen zur Folge haben könnte.“ Obwohl ich nur für Oesterreich sonst aber nicht begreifen kann, welche Bedenken der Nachforschung in dieser Richtung vor Andbruch des näch-

Hog. Dr. Blum (Nat.) bespricht die Mannheimer Eisenbahnverhältnisse. Eine Verbesserung des Verkehrs zwischen Mannheim und Heidelberg ist dringend wünschenswert; vor allem die Ausdehnung der Sommerferien auch auf die Wintermonate. Die Vervollständigung der Bahnanlagen, die Erweiterung der Gepäckabfertigungsräume sind zu begründen. Nun kommen noch die Umbauten der Zufahrtslinien, die mehlfache Beschleunigung bedürfen. Bei der Station Neckarau sollte statt eines Fußgängersteigs eine Ueberführung erstellt werden. Das Brückengeld sowie der Brückenrechtzuschlag bei der Rheinbrücke sind verkehrshindernd. Bezüglich des internationalen Durchgangsverkehrs hat Mannheim nach wie vor erhebliche Wünsche, deren Erfüllung noch aussteht. Die Forderung für die Zukunft geht nach direkten Zügen, nicht bloß nach direkten Wagen. Für die Verbindung zweier Orte, die durch mehrere Linien verbunden sind, sollte nur eine Fahrkarte ausgegeben werden. Der badische Anteil an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn ist großen Schwankungen unterworfen. Die berechtigten Wünsche der Eisenbahnarbeiter und der Beamten in der K 3 Klasse sollten befriedigt werden.

Hog. Weber (Soz.) bedauert die wenig entgegenkommende Stellung der Regierung in der Frage der Akkordarbeit und spricht lebhaft für die beantragte Lohnaufbesserung von 20 Pfg. für freie Samstagmorgens für die Eisenbahner, für Einschränkung der Ueberstunden, für Verbesserung der sanitären Anlagen, sowie für Verbesserung der Verbindung Durлах mit Forstheim. Zum Schluß behandelt Redner die mangelhaften Bahnerhältnisse in Durлах.

Hog. Herber (Natlib.) behandelt die Verhältnisse auf der Wiesentalbahn, da der dortige elektrische Betrieb Gegenstand unliebsamer Erörterung in der Öffentlichkeit gewesen sei. Er hoffe, daß die vorhandenen Schwierigkeiten mit der Zeit gehoben werden können, sobald für die Errichtung der Schopfheimer Werke und Industrie-Ausstellung die Verkehrsmittel dem großen Fremdenstrom in das Wiesental genügen. Kein Zweifel sei, daß der elektrische Bahnbetrieb der Betrieb der Zukunft sein werde, weil er wirtschaftlicher als der Dampftrieb sei.

Hog. Kurt (Soz.) befragt im Interesse der Arbeiter den Ausbau des Karlsruher Vorkarlsverkehrs, sowie eine Verbesserung der Lage der Streckenarbeiter, eine Sicherung des Koalitionsrechts und Einhaltung der Rubrikanten.

Hog. Maffa (K. B.) bespricht die Verhältnisse auf der Linie Lahr-Dinglingen. Auf Nebenbahnen sollte nicht gefahret sein, daß ein Lokomotivführer allein die Maschine bediene.

Hog. Koch (Natlib.): Zunächst einige Heidelberger Wünsche. Die Bahnstraße Heidelberg-Heidelberg mit ihrem heutigen Verkehr gehört als Kuriosität in das Deutsche Museum in München. Die 26 Kilometer lange Strecke wird vom schnellsten Zuge in einer Stunde zurückgelegt. Beim letzten Freitag dauerte die Rückfahrt von Speyer bis zu zwei Stunden. Wenn man die Züge mit großen Maschinen bis zur Brücke fährt und nur über die Brücke die leichteren Maschinen verwendet, könnte immerhin eine nicht merkbare Beschleunigung herbeigeführt werden. Wirkliche Verbesserung kann nur die Erbauung einer festen Brücke über den Rhein bringen. Es hat sich ja jetzt ein Verein gebildet, der für die Erbauung dieser Brücke Propaganda macht. Die Brücke hat erhebliches strategisches Interesse für die bayerische Armee, der dadurch für den Mobilmachungsfall eine eigene Anfahrtslinie gegeben wäre. Dadurch würden aber die übrigen Anfahrtslinien zum Vorteil des Aufmarsches der übrigen deutschen Armee entlastet. Abgesehen von diesen militärischen Interessen sprechen aber auch erhebliche volkswirtschaftliche Interessen für diese Erleichterung des Verkehrs zwischen dem rechtsrheinischen Bayern und der Pfalz und Lothringen. Wie hoch diese Interessen in Bayern eingeschätzt werden, zeigt die Tatsache, daß die Magistrate von Würzburg und Nürnberg und einer Reihe anderer bayerischer Städte dem Verein beigetreten sind. Wie in Baden haben aber auch erhebliches Interesse, denn ein lebhafter Durchgangsverkehr würde von Würzburg bis Speyer als etwa 180 Kilometer die badische Bahnlinie benötigen. Ich bitte daher das Ministerium, diesen Brückenplan daselbst

Interesse und Wohlwollen entgegenzubringen wie der Magaziner Brücke.

Ueber den Verkehr Mannheim-Heidelberg hat mein Freund Dr. Blum schon gesprochen, dem ich mich nur anschließen kann. Endgültige Besserung kann erst nach Errichtung des neuen Bahnhofs in Heidelberg erhofft werden. Ich ersuche die Regierung um Außerordentlich zu verbessern und einen starken Fahrplan für den Ortsverkehr Mannheim-Heidelberg einzurichten, denn nur durch einen solchen könnte das vorhandene Bedürfnis befriedigt werden. Aber auch heute schon könnte manches geschehen. So sollten die häufigen Verspätungen vermieden werden. Das Wagenmaterial besonders in den Zügen die in das Wiesental weitergehen ist häufig schlecht, es sind alte verbrauchte und auch schmutzige Wagen.

Die Verbindung mit dem Neckartal und Wiesental ist ungenügend. Besonders können die Leute abends nicht mehr nach Hause kommen. Das hat zur Folge, daß wer aus jener Gegend Theater oder Konzerte besuchen will, nach Heidelberg fährt und ebenso wird in Heidelberg alles eingekauft was nicht am Heimatsort zu erhalten ist, das macht ganz bedeutende Summen jährlich aus die bei besserer Verbindung nach Heidelberg fließen würden. Die Generaldirektion hat bessere Verbindungen abgelehnt mit der Begründung, Sonderzüge bei festlichen Gelegenheiten seien schlecht bestellt gewesen. Das beweist gar nichts, und es wird geraume Zeit dauern bis das Publikum von seiner Jahrzehnte dauernden Gewohnheit nach Heidelberg zu fahren abgebracht ist.

Der Verkehr zwischen den Rheinlanden und damit auch der aus Holland, Belgien, England mit Bayern geht ausschließlich über Frankfurt, Würzburg mit Umgebung von Heidelberg obwohl die badische Strecke etwas kürzer ist. Die Regierung sollte darauf hinarbeiten, daß dieser Durchgangsverkehr wenigstens zum Teil über Baden gehe.

Wir haben in Heidelberg ein Verkehrsbureau das sehr eifrig und tätig ist um die Fremden nach Heidelberg zu ziehen. Diese Tätigkeit kann aber nur dann den rechten Erfolg haben, wenn die Eisenbahnverwaltung ihrerseits alles tut, um den Fremden es recht leicht und bequem zu machen um nach Heidelberg zu kommen. Ich frage an, ob die Regierung nach Errichtung des neuen Bahnhofs nicht der Frage näher treten will eine direkte Bahnlinie Weinheim-Heidelberg zu bauen und so diesen alten Konstruktionsfehler Friedrichs endlich zu beseitigen.

Redner kommt dann auf die Beschwerden über die Verzögerung der eisenbahntechnischen Eisenbahn zurück, er kann sich durch die Erklärungen der Regierung nicht für voll befriedigt erklären und begründet diesen Standpunkt ausführlich. Zum Schluß erklärt er: Der Hauptgrund für die vielen Klagen über den Fahrplan scheint mir in folgenden zu liegen. Es wird mir mitgeteilt, daß vor den europäischen Jahreskonferenzen jeweils die Vertreter der preussischen Eisenbahnen eine Besprechung abhalten und daß dieser Besprechung auch ein Vertreter der eisenbahntechnischen Eisenbahnen anwohnt. Hierin liegt natürlich ein außerordentlich großer Vorteil für die eisenbahntechnischen Eisenbahnen gegenüber uns, die wir erst nachträglich in Verhandlungen über die Gestaltung des Fahrplans mit Preußen eintreten. Ein weiterer Nachteil scheint mir der zu sein, daß auf den europäischen Jahreskonferenzen die einzelnen deutschen Eisenbahnverwaltungen zu sehr als Sekundäranliegen auftreten. Dies kann beispielsweise die Schweiz sehr ausnützen, die ein großes Interesse an der Förderung des internationalen Verkehrs hat, weil die linksrheinischen Reisenden, die nach dem Engadin und Vorarlberg weiter wollen, durch die ganze Schweiz fahren müssen. So kommt es auch, daß unsere Schwarzwaldbahnen für diesen lehrerwünschten Verkehr nur ganz ungenügend ausgenutzt werden. Die Neue Zürcher Zeitung hat es auch einmal offen ausgesprochen, Verbesserungen im Schwesterverkehr, die der Schweiz nachteilig seien, brauche sie nicht zu fürchten, die Eifersucht der deutschen Bahnverwaltungen werde es nicht dazu kommen lassen. Es scheint mir dringend erforderlich, daß hier Besetzung geschaffen wird und daß auch die deutschen Bahnen dem Auslande gegenüber geschlossener auftreten, und ich ersuche den Herrn Minister, in diesem Sinne tätig zu sein. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Der Präsident gibt einen Antrag Kassa (K. B.) und Genossen bekannt auf Ausbau der Nebenbahn Lahr-Dinglingen zu einer Vollbahn, behufs Befestigung der vorhandenen Mischbahn.

Hog. Spang (Soz.) bringt Eisenbahnwünsche aus dem Waldbrunn Bezirk vor und kommt nochmals auf den Fall Schneider zurück, in dem augenscheinlich Parteipolitik und Klientelwirtschaft mitspielen.

Finanzminister Dr. Reindoldt erwidert auf die Anweisungen der Zentrumsredner, es sei nicht üblich, über Disziplinaruntersuchungen Rechenschaft zu geben. Die Behandlung des Falles Schneider in der Öffentlichkeit nütze weder der Verwaltung noch dem betreffenden Beamten. Die Regierung behalte sich das Recht vor, die Beamten so zu versehen, wie sie es für richtig hält. Politische Umtriebe in der Eisenbahnverwaltung werden unter keinen Umständen geduldet und erforderlichenfalls wird von der Regierung energisch eingeschritten werden.

Generaldirektor Staatsrat Koch weist die Insinuation des Abg. Spang von einer Klientelwirtschaft in der Generaldirektion entschieden zurück. Daß die Angriffe wegen politischer Ermüdungen in der Generaldirektion gerade von rechts gekommen seien, habe ihn geradezu überrascht. (Sehr richtig! links.)

Hog. Benedek (K. B.) wendet sich gegen die Zentrumsredner Kähler und Spang und nimmt den Regierungsrat Dr. Koch in der Generaldirektion gegen sie in Schutz. Das Zentrum sei gegen diesen Mann, weil er als Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei Gegner des Zentrums sei.

Präsident Hohrhus gibt einen Antrag der Abg. Weidenstein (Soz.) und Genossen bekannt, dahingehend, im Nachtragsbudget einen Beitrag für die Schaffung eines Hausbrunnepostales einzustellen. Ferner ist eine Interpellation des Abg. Blum (natl.) und Genossen eingegangen, die Regierung möge die Kollage der Lehramtspraktikanten lindern.

Präsident Hohrhus gibt weiter bekannt, daß die Petitionen, die nach Pfingsten eintreffen, nicht mehr zur Verhandlung kommen.

Darauf wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. Schluß 1 Uhr 30 Min.

**Arbeiterbewegung.**

Saarbrücken, 25. Mai. Mit der Beratung von innen Fragen fanden heute die Verhandlungen des Bundes Deutscher Werkvereine ihren Abschluß. Zur Annahme gelangte ein Antrag des Bezirksverbandes Breslau, beim Reichstag und Bundesrat erneut dahin vorzulegen zu werden, daß die Altersgrenze für die Altersversicherung auf 65 Jahre herabgesetzt wird. Weiter soll der Bund Deutscher Werkvereine Erwägungen darüber anstellen, ob eine Pensions-, Witwen- und Waisenkasse zu schaffen sei. Der letztere Antrag wurde dem Vorstand zur weiteren Erwägung überwiesen, ebenso ein Antrag der Hohen Hannover- und Hantbal auf Gründung einer Sterbekasse. Eine ausgebreitete Besprechung rief der Antrag des Bezirksvereins Hannover hervor, den Unterverbänden die Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit in der Werkvereinsbewegung zu empfehlen. Von allen Seiten wurde die Bedeutung dieser Angelegenheit anerkannt. Insbesondere gilt es, durch die Anstellung von Sozialsekretärinnen den Frauen der Werkvereinsmitglieder mit Rat und Tat hilfreich zur Seite zu stehen. Für die nächstjährige Tagung des Bundes Deutscher Werkvereine wurde Hannover als Verhandlungsort bestimmt. Der aus seinem Amt geschiedene bisherige Schriftführer Hupp, der von Völklingen nach Berlin gegangen ist, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Die Tagung schloß sodann mit einem Vortrag des Professors Voigt aus Frankfurt a. M. über das Thema: Die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften und die Wirtschaft.

**Bürgerausschussung in Weinheim.**

K. Weinheim, 25. Mai. Heute nachmittags tagte hier eine von 73 Mitgliefern beider Kollegien besetzte Bürgeraus-

schussung. Vor Eingang in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende folgende Anfrage der Liberalen Partei: „Warum schließen die neuen Bestimmungen über Behandlung kurzer Anfragen in den Bürgerausschussungen eine Begründung der Anfrage aus?“

Bürgermeister Dr. Wette gab namens des Gemeinderats darauf folgende Erklärung: „Die Geschäftsordnung bestimmt, nur die durch die Tagesordnung bezeichneten Gegenstände kommen zur Verhandlung.“ Trotz dieser gesetzlichen Bestimmung haben in letzter Zeit einige Stadtwaltungen, wie Mannheim, Karlsruhe, Forstheim, Bruchsal, Freiburg, Lahr entgegenkommender Weise die kurzen Anfragen eingeführt. Diesem Vorgehen hat sich die Stadtgemeinde Weinheim angeschlossen. In keiner der genannten Städte ist aber eine Begründung angefallen, da ein so weitgehendes Zugeständnis den Absichten des Gesetzgebers zuwiderläuft.“

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten, die nachstehende Erledigung findet. Es wird einem Ortsrat zugestimmt, daß für Auskunftserteilung beim volkswirtschaftlichen Meldeamt Gebühren vorfielen, und zwar 10 Pfennig für eine mündliche sowie 25 Pfennig für eine schriftliche Auskunft. Die Mitgliederzahl der Schulkommission wird von 18 auf 20 erweitert, und zwar sollen zwei Frauen in die Schulkommission hineingewählt werden, nachdem die Mitwirkung der beiden bisherigen weiblichen Mitglieder der Kommission sich sehr gut bewährt. In Zukunft werden also insgesamt vier Frauen der hiesigen Schulkommission angehören. Die vom Gemeinderat vorgelegte neue Fassung der Verbrauchssteuerordnung wird mit kurzer Debatte einstimmig zugestimmt. Ein Geländekaufvertrag mit der Firma Freudenberg, die auf ihrem Industriegelände „zwischen den Dämmen“ ein großes Vertriebsgebäude zu erstellen denkt, wird ebenfalls zugestimmt.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildet die

**Versorgung der Stadt Weinheim mit elektrischer Energie.**

und zwar handelt es sich diesmal um Genehmigung der Stromlieferungsbedingungen und der Installationsvorschriften. Durch die von der Oberrheinischen Eisenbahn-Gesellschaft im Vertrag erreichten vorläufigen Strompreise u. und dem für die Stadt günstigen Lieferungs- und Servicevertrag des Ortsnetzes durch die H. Brown, Hoyer u. Co. in Mannheim können den Weinhimern beträchtlich niedrigere Preise für den Strombezug berechnet werden, und zwar betragen die Kosten des Stromes für Beleuchtungszwecke für die ersten 250 Kilowattstunden des Jahresverbrauches 40 Pfennig pro Kilowattstunde; für die nächsten 500 Kilowattstunden 36 Pfennig u. für die folgenden 25 Pfennig. Die Kosten des Stromes für Kraftzwecke betragen für die ersten 1000 Kilowattstunden des Jahresverbrauches 20 Pfennig und für die nächsten 4000 Kilowattstunden 15 Pfennig pro Kilowatt. Die Stromkosten für Kraft- und Lichtzwecke betragen 12 Pfennig pro Kilowattstunde. Nach kurzer Debatte wurden mit geringfügigen Abänderungen sowohl die Stromlieferungsbedingungen als auch die Vorschriften für die Ausführung der elektrischen Anlagen, die an das Vertragsnetz der hiesigen Elektrizitätsanlage Weinheim angeschlossen werden sollen, gutgeheißen. Als Termin für die Einführung der elektrischen Kraft in Weinheim ist der 1. Oktober dieses Jahres vorgegeben. Eine fast zweistündige Debatte entspinnt sich über die Frage der

**Umwandlung der hiesigen Töchterkassen in eine höhere Mädchenschule.**

Die hier bisher bestehende „höhere Töchterkassen“ ist lediglich eine Mädchenbürgerschule. Zu einem für höhere Lehrzwecke als Unterlage dienendes Abgangszeugnis fehlt der staatlich anerkannte Anspruch. Bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit der vorhandenen Lehrkörper empfiehlt sich außerdem die Leitung eines akademischen Direktors. Diese Bedenken sind in den letzten Jahren in den Kreisen der Bürgerschaft zunehmend geäußert worden. Eine Anzahl Schillerinnen von hier beabsichtigen und beabsichtigen die höheren Mädchenschulen in Mannheim oder Heidelberg. Eingehende Erörterungen in der Schulkommission und dem Gemeinderat führten deshalb zu der Ueberzeugung, daß

manche Werke erfüllen wohl kann die Forderung, die man aufgrund der früheren Leistungen ihrer Autoren gütlichen sich berechnigt fühlt. Was jetzt, was man gegen die Leistungen der Künstler leicht ungerichtet ist: so werden die früheren Werke die Feinde der späteren. Das Vergleiche schließt natürlich nicht aus, daß sich dazwischen manche hoffnungsvolle junge Saat befindet. Aber hier ist nicht der Raum. Hoffnungen in einzelnen zu diskutieren, hier interessiert nur das Gesamtergebnis, und das muß wohl lauten, daß die Ausstellung nicht zu der bedeutenden Ereignissen der zeitgenössischen Kunstgeschichte gehört.

In der plastischen Abteilung dominieren eine Gruppe „Zwei Menschen“ von Fritz Behn, in der indessen die beiden Figuren trotz der vielen dazwischen gelagerten Arme kaum zur plastischen Einheit gebracht sind, und Werke von Th. Georgii, die im Formenreichtum der Hildebrandtschule verbleiben. Stärkeres plastisches Interesse erregen die Werke des Prageren Sturza, eine vorläufige plastische Originalität aber spricht aus den sehr lebendigen polychromen Terrakotten des Kompositionsträgers Erich Stephani.

**Verkauf der Morgan'schen Gemäldesammlung.**

Aus London wird gemeldet: Die berühmte Gemäldesammlung des verstorbenen amerikanischen Multimillionärs Morgan, die wegen der hohen Gebotebahr niemals nach Amerika gebracht wurde, soll jetzt in London verkauft werden und zwar unter der Hand, weil man dadurch einen höheren Preis zu erzielen glaubt. In der Sammlung befinden sich auch mehrere Originale Raphaels.

**Wandfresko Sezession.**

Die Sommerausstellung der Münchner Sezession wird überwiegend von Werken der älteren Künstler der Sezession beherrscht, deren Namen zuweilen schon einen gewissen Klang haben. Insbesondere muß doch gesagt werden, daß man aus diesen Werken über die Sezession und das Können ihrer Mitglieder im allgemeinen nichts neues erfährt, und

dieser Gemälde den bekannten spanischen Kaiser Maximilian zum Schöpfer haben. Dieser Tage erhielt der Restaurator des Museums von dem genannten Gelehrten eine dahinkommende Antwort, daß er die Restaurierung gestatte, und bereit sei, für diese Arbeiten eine gewisse Summe zu bewilligen. Im Archiv der Kathedrale von Asthela wurde eine Mitteilung über die der Kathedrale gehörenden Gemälde gefunden. Danach wurden die Gemälde „Christi Kreuzigung“, „Jesu Geburt“ und „Die Anbetung der Weisen“ der Kathedrale im Jahre 1768 von der Gräfin A. M. Tscherningowa, einer geborenen Baroness von Weibel, geschenkt. Die Gräfin hatte die Gemälde für 15 000 Rubel erworben.

**Die Venus von Cyrene.**

Vor wenigen Tagen, kurz vor dem Anbruch der Sommerhitze, die in Ägypten die italienischen Soldaten fast zur Einstellung ihrer Arbeiten zwingt, hat der heilige ägyptische Boden den neuen italienischen Herrschern ein köstliches Geschenk an die Oberfläche gesendet, eine Venusstatue. Bei einem kleinen arabischen Orte, der in der Cyrenaika die Stelle des antiken Cyrene einnimmt, haben Pioniere der italienischen Befehlsgewalt bei der Suche nach unterirdischen Brunnen im antiken Stadtgebiet einen Kammstein gefunden, der glücklicherweise dank der ihnen bei allen diesen Grabungen anbefohlenen Vorsicht ziemlich unbeschadet gelagert worden ist. D. h. der Statue fehlen immer noch der Kopf und die beiden Arme. Was aber vor unseren Augen wieder ersteht, der Leib der Venus, ist von so überwältigender Schönheit, daß man in diesem Falle den italienischen Ueberschwang, der sofort in den ersten Rechten diese Venus-Statue über die lapidinesische und die

mediterrane Welt, verzeihen muß, weil kein Zweifel besteht, daß binnen wenigen Tagen das Publikum in der römischen Thermenmuseum in Augenschein zu nehmen, der Chor der Verwunderung und des Entzückens rasch über die Grenzen Italiens hinausbringen wird. Es handelt sich um eine stehende Venus, die vollständig nackt ist und von der man bemerkt, daß sie zu dem Typ gehört, der mit den über den Kopf erhabenen Armen die schweren goldenen Haarschleifen zu bändigen sucht. Die Statue stammt ohne Zweifel aus dem Apollotempel von Cyrene, an dessen Stelle sie gefunden worden ist. Die italienischen Gelehrten, die bisher die Photographien in Augenschein nehmen konnten, schreiben sie ohne Zweifel der Zeit des Praxiteles zu, sei es, daß sie von einem Zeitgenossen des griechischen Meisters, sei es, daß sie von einem Vorläufer stammt, in welcher letzteren Falle die Glanzperiode der griechischen Plastik fast zeitlich weiter ausdehnen würde, als man bisher geglaubt hat. Jedenfalls kann man sicher sein, daß die Venus von Cyrene binnen kurzem ihren Ehrenplatz neben ihren Schwestern von Milo, Medici, vom Kapitol und von Knidos in der Reihe der uns erhaltenen antiken Bildwerke dauernd einnehmen wird.

**Karl Wittenhöfer 7.**

In Saich ist der auch in Deutschland wohl bekannte Gesangsmeister Dr. Karl Wittenhöfer im Alter von 77 Jahren gestorben. Er war einer der populärsten Musiker der Schweiz und galt als Leiter des Züricher Männerchors, für den hervorragenden Chorleitenden. Seine zahlreichen Männerchöre und Kinder geübten zum ersten Band aller Gesangsvereine deutscher Sprache.



Bollendung des Straßenbaues folgenden Jahre, als Wirtschaftsmittel dem Anlebensfonds wieder zuzuführen ist; b) zu den Verträgen mit der Chem. Fabrik Lindenhof C. Wehl u. Cie., der Firma C. F. Böhringer u. Söhne, der Immobilien-Gesellschaft Waldhof und der Zellulosefabrik über die Leistung von Straßenkostenbeiträgen; 2. unter Abweisung der erhobenen Einsprüche beschließen, daß die Angrenzender der Sandhofer Straße in der Strecke zwischen dem Eingang zur Spiegelfabrik und der Arbeiterstraße in dem aus der angeschlossenen Beitragsliste ersichtlichen Umfang zu den Straßenkosten beigezogen werden."

Stv. B. Geiß begründet die Vorlage. Er beantragt namens des Stadtratsvorstandes Genehmigung der Vorlage.

Bürgermeister Dr. Finck gab bekannt, daß von dem Vertreter der Spiegelfabrik Waldhof noch eine weitere Begründung der Einsprüche eingelaufen sei. Er ersucht den Bürgerausschuß, diese Einsprüche abzulehnen und die Vorlage zu genehmigen.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

Betriebsverweiterungen bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken.

Der Bürgerausschuß wird ersucht, zur Bestreitung des Aufwandes für Betriebsverweiterungen: 1. des Wasserwerks 43 200 M., 2. des Gaswerks 160 000 M., 3. des Elektrizitätswerks 25 000 M., zusammen 428 200 M. aus Mitteln des Erneuerungsfonds mit der Maßgabe zu bewilligen, daß dieser Betrag innerhalb 10 Jahren aus Wirtschaftsmitteln wieder ersetzt wird.

Stv. B. Wenschmeier bespricht die Vorlage im empfehlenden Sinne.

Ohne Debatte wird dieselbe angenommen.

Anstellung einer 5000 KW Turbine im städt. Elektrizitätswerk.

Hierzu wird ein Betrag von 435 000 M. aus Anlehenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren angefordert.

Stv. B. Wenschmeier empfiehlt die Annahme der Vorlage, die ebenfalls ohne Debatte erfolgt.

Bereitstellung einer direkten Straßenbahnverbindung zwischen den Bahnhöfen Mannheim und Ludwigshafen.

Der nachträgliche Antrag lautet: Verehrlicher Bürgerausschuß wolle: a) für die Herstellung einer Straßenbahnverbindung zwischen der Lindenhofstraße und der Rheinbrücke aus Anlehenmitteln einen Kredit von 156 000 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen; b) für die Pfästierung der zurzeit ausstehenden Fahrpläne der Rheinbrücken-Ausfahrt vorläufig Anlehenmittel im Betrag von 600 M. zur Verfügung stellen mit der Maßgabe, daß der Betrag dem Anlehenfonds im nächsten Jahre aus Wirtschaftsmitteln wieder zu ersetzen ist."

Stv. B. Pfeiffle verbreitet sich über die Vorlage in eingehender Weise und betont, daß man bei Genehmigung der Vorlage auf die Loyalität der Großh. Büchler besonders in bezug auf § 7 bauen müsse.

Stv. B. Lehmann behauptet, daß diese Vorlage nicht schon früher gekommen sei. Diese Umfahrungen hätte früher schon durchgeführt werden sollen. Er verheißt nicht, wie die Büchler eine solchen Paragrafen wie § 7 vorzuschreiben können. Würde die Umfahrungen früher erfolgt, so hätte man große Ersparnisse erzielen können.

Bürgermeister Ritter: Vor 12 Jahren wurde die Konzession von der Regierung erteilt mit dem Inhalt, daß die Genehmigung zum Betrieb und zum Bau erst erteilt werden könne, wenn sich die Stadt mit der Büchler geeinigt hätte, d. h. mit anderen Worten, die Büchler hat darüber zu entscheiden, unter welchen Bedingungen sie uns das Gelände überläßt. Seitdem haben lange Verhandlungen stattgefunden, wie ja in der Vorlage ersichtlich. Als uns dann schließlich diese Vertragsbestimmungen vorgelegt wurden, so war man schließlich froh, daß wir das wenigstens erreicht haben. Wir haben uns die Verhandlungen abreden oder nochmals vorstellen werden sollen wegen des § 7. Allein wir haben uns gesagt, daß sich auch die Staatsbehörde die Widersüchlichkeit vorbehalt. Es ist das eine Hebung, die vielfach bei den Staatsbedingen besteht. Aber wir haben uns auch gesagt, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß ohne ein absolut zwingendes und dringendes Grund die Büchler es wagen wird, die Kündigung anzusetzen. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Büchler einen derartigen Schritt niemals tun wird. Sie wird es sich im Ernstfälle wohl überlegen, ob die Gründe so gelagert sind, ob man einer Stadt zuzunehmen kann, nach einer Reihe von Jahren ihre Gleise herauszureißen und den Betrieb umzuändern. Es ist eine ganz ungehörliche Bestimmung und es ist gut, daß die Sache heute in so deutlicher Weise zum Ausdruck gekommen ist.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Rechen eines Betriebsgebäudes für die Milchzentrale.

Der Stadtrat beantragt: Verehrlicher Bürgerausschuß wolle: 1. den Rechen eines Betriebsgebäudes für die Mannheim-Milchzentrale nach dem Projekt des Hochbauamtes genehmigen und aus Anlehenmitteln den Betrag von 240 000 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen; 2. genehmigen, daß die Geschäftsführung an die Mannheim-Milchzentrale A. G. unter den vom Stadtrat beschlossenen Bedingungen vermittelt werden.

In diesem Punkte liegt die oben mitgeteilte Resolution des Stadtrats vor.

Stv. B. Pfeiffle gibt eine kurze Begründung der Vorlage. Auf die Eingaben der Milchhändler um Aufhebung der Milchzentrale eingeleitet, bemerkt der Redner von einer solchen Lösung keine Rede sein, er führt hierüber besonders die bis zur Gründung der Zentrale herrschenden hohen Milchpreise ins Feld. Die Zentrale habe absolut keine Erlöse erzielt. Der Absatz der Milch habe um 10 000 Liter, der Absatz der Butter um 15 000 £ zugenommen. Die Händler welche bisher waren gute Waren zu liefern, hätten keinen Schaden gehabt. Die Milchzentrale habe auch auf die Qualität der Milch einen sehr guten Einfluß

ausgeübt. Die Interessen der Gesamtheit händen lebendiger, als die des Einzelnen. Zweifellos bedeute auch das Schmelzwerk eine schwere Konkurrenz für die Milchhändler, die Konkurrenz wäre, daß man auch kein Schmelzwerk errichten dürfe. Die 200 000 £ würden der Milchzentrale nicht schaden, sie erhält den Betrag gegen Verzinsung nur zur Verfügung gestellt. Die Milchzentrale würde übrigens in eine Aktien-Gesellschaft umzuwandeln werden. Die Milchzentrale der Stadt wird aber in der derzeitigen Höhe erhalten. Auf ein heute eingetragenes Schreiben der Milchhändler eingehend, bemerkt der Redner, der Bürgerausschuß sei dazu da, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, nicht einer einzelnen Gruppe. Redner empfiehlt am Schluß seiner Ausführungen die Annahme der Vorlage.

Stv. Dr. Hermann (natl.): Es liegt mir fern, eine Kritik an der Milchzentrale zu üben. Ferner möchte ich auch nicht auf die Qualität der Milch eingehen. Bei Gründung der Milchzentrale im Jahre 1911 hatten wir ein letztes Futterjahr, im folgenden Jahre wurden bereits die Milchpreise in Mannheim wieder reduziert. Ich möchte weiter auf die in der Vorlage aufgenommene Forderung eingehen. Wenn man von einer Erparnis von 71 000 Mark spricht, so kann man selbstverständlich diese Summe nur als richtig finden, wenn man die Preise in früheren Jahren in Betracht zieht. Was die Molkereigenossenschaft betrifft, so ist die Aufnahme des Kasses der Zentrale nicht in dem Verlauf größerer Quantitäten Milch zu suchen, sondern in der Aufnahme der Mitglieder und auf den Abschluß von Lieferungsverträgen. Wenn die Milchzentrale gebildet wäre, wie sie seinerzeit beschlossene wurde, sein Recht würde gegen dieselbe etwas einzumenden gehabt haben. Nachdem sie aber einen schwebenden Handel mit Butter aufgenommen hat — und dieser ist ein ganz enormer — kann man sich mit dem Unternehmen nicht mehr einverstanden erklären. Hätte die Milchzentrale den Butterhandel nicht, würde sie bereits mit einem Defizit abgeschlossen haben. Wenn man den Selbstkostenpreis der Milch, die Betriebskosten und Löhne abzieht, hätte die Zentrale auch im abgelaufenen Jahre kein Geschäft gemacht. Alle die Versprechungen, die im § 43 gemacht werden, sind gleich Null. Der Direktor der Milchzentrale würde nicht fähig sein, ein Geschäft zu machen, wenn er nicht über die Bestimmungen hinausgehen würde. Die Milchzentrale hat bereits in Ludwigshafen Filialen errichtet; wenn das so weiter geht, wird sie auch hier Filialen errichten und darin Butter und alles Mögliche verkaufen. Zur Befestigung seiner Ansicht verweist der Redner auf einen ihm heute zugegangenen Brief. Die Resolution, die seitens des Stadtrats vorliegt, wird auch nicht viel Wert haben. Auch vom kaufmännischen Standpunkt aus ist die Vorlage abzulehnen. Denn man muß sich fragen, wo liegt denn die Sicherheit für die Stadt? Es werden im 16 000 Werte herausgerechnet. Die Milchzentrale zahlt die Milch, wenn sie Geld hat. Eine kolossale Ungerechtigkeits ist es, daß man der Milchzentrale einen billigeren Satz für Wasser, Gas und Elektrizität gewährt.

Es gibt eine ganze Menge von Betrieben, denen es auch von Vorteil wäre, wenn sie billigeren Waren hätten. Bei den Budgetverhältnissen sieht es aber anders aus, in bezug auf die Milchzentrale. Ein großer Teil meiner Parteifreunde sieht daher auf dem Standpunkt, die Vorlage aus prinzipiellen Gründen abzulehnen. Ich möchte Sie daher ersuchen, die Vorlage abzulehnen. Ich glaube, daß mir hier der ganze Gewerkschafts-Mannheim winter uns haben und daß sich dieser mit uns verständlich erklärt. Die Milchzentrale soll sich einmal auf den Boden des freien Wettbewerbs stellen, dann werden wir sehen, ob sie konkurrenzfähig ist. Wir erlauben daher um Ablehnung der Vorlage und beantragen namentlich Ablehnung.

Stv. Belg: Die Milchzentrale, die bei ihrer Gründung die heftigsten Angriffe erfahren, hat derzeit in den weitesten Schichten der hiesigen Einwohnerlichkeit Anklang gefunden, daß heute wohl eine weit größere Entrüstung hervorgerufen würde, wenn ihr Vorgehen durch die Nichtannahme der heutigen Vorlage in Frage gestellt würde. Durch welche Umstände ist die heutige Vorlage notwendig geworden? Eben weil die Milchzentrale im Laufe kurzer Zeit als eine in hygienischer wie materieller Beziehung große soziale Einrichtung emporstehen worden ist. Der besonderen Bestreben, der hiesigen Bevölkerung eine gute und billige Milch zu liefern, ist sie in vollem Maße gerecht geworden. In den Jahren vor der Gründung ist der Milchpreis immer mehr bis zuletzt auf 24 Pfennig in die Höhe gegangen. Und auch bei diesem Preise wurden in Milchhändlerkreisen Stimmen laut, daß man noch nicht bestehen könne, daß der Verkaufspreis eine weitere Erhöhung erfahren müsse.

Die Milchzentrale, welche von gemeinnützigen, wirtschaftlichen und Berufsvereinen unter Beteiligung der Stadtgemeinde gegründet worden ist, ist kein auf Gewinn abzielendes, sondern gemeinnütziges Unternehmen. Ich habe schon vor zwei Jahren ausgesprochen, daß die leistungsfähigen Milchhändler eine Einbuße an ihrem Absatz nicht erfahren werden und tatsächlich hat, nach der eigenen Bilanz der Molkereigenossenschaft, diese im Geschäftsjahre 1912/13 gegenüber dem Vorjahr, trotz der Milchzentrale, einen Mehrumsatz an Milch von 110 391 Liter und einen Mehrumsatz an Butter von 13 650 Pfund erzielt. Die Milchzentrale liefert täglich 10 000 Liter Milch, das sind nur 11 Prozent des Gesamtbedarfs. Unerlässlich ist mit einer Milchzentrale natürlich auch Butterzeugung verbunden, denn die an manchen Tagen überschüssige Milch muß zu Butter verarbeitet werden; selbstverständlich läßt es sich hierbei auch nicht vermeiden, daß, um die Rindfleisch regelmäßig zu beziehen, auch Butter hinzugekauft werden muß. Daß die Milchzentrale zum Segen der Einwohnerlichkeit, besonders weiter nördlicher Kreise, so vorzüglich leistet, ist u. a. besonders dem hiesigen, kennntnisreichen Betriebsleiter zu verdanken, dem auch an dieser Stelle Anerkennung ausgesprochen sei. Ich bitte Sie, meine Herren, dieser Vorlage möglichst einstimmig Ihre Genehmigung zu erteilen.

Stv. B. u. b. ersucht namens seiner Fraktion um Annahme der Vorlage. Nur mit der Wört-

nung des Geländes vom Schlachthof an die Milchzentrale könne er sich nicht einverstanden erklären.

Stv. B. Gieseler ist für die Vorlage. Durch die Milchzentrale habe man die Gewißheit, gute Milch zu erhalten. Man müsse anerkennen, daß die Milchzentrale sehr erfolgreich gewirkt habe, und sie werde das auch in Zukunft tun. Daß der Milchpreis gefallen ist, ist nicht auf die Milchzentrale zurückzuführen, sondern das hat unser lieber Herrgott verschuldet, der viel weiter wackeren ließ. Die Milchzentrale hat vielleicht mitgewirkt, daß die Preise rascher gefallen sind. Ein Teil meiner Freunde stimmt für die Vorlage. Redner befürwortet alsdann die Annahme der von seiner Fraktion eingereichten Resolution und ersucht um deren Annahme. Die Milchzentrale soll so arbeiten, wie jeder andere Gewerbetreibende. Sie soll deshalb so behandelt werden, wie jeder Privatunternehmer.

Eine weitere Bedingung sei, daß das Buttergeschäft ein Nebengeschäft bleibe, es soll keine Butter mehr dazu gekauft werden. Zum Verkauf von Qualitätsbutter sei die Milchzentrale nicht da, sie solle aus sozialen Gründen nur den mittleren Schichten der Bevölkerung eine gute Butter verabsorgen. Wir würden Arbeitenden einen großen Anteil bieten, wenn die Milchhändler die Milch von der Zentrale beziehen. Deswegen habe das Zentrum auch den dritten Antrag gestellt. Der Redner ersucht schließlich um Annahme der Vorlage.

Stv. Kern: In gute Form der Zentrale ja wohl, daß eine gute gleichwertige Milch in den Handel gebracht wird, ich kann mich aber mit dem Parteiführer nicht einverstanden erklären. Wo bliebe eigentlich die Preisregulierung? Er habe gegen das Fortbestehen der Milchzentrale überhaupt nichts einzuwenden. Wenn die Stadt die Zentrale in die Hand nehme, würde sie in zwei bis drei Jahren ein Fiasko erleben, würde aber die heutige Vorlage angenommen, würden in zwei Jahren keine 10 Milchhändler mehr in Mannheim zu finden sein. Wenn wir das alles genehmigen, was heute vorliegt, dann wird die Milchzentrale noch sechs- bis siebenmal mehr leisten, denn brauchen wir keine Milchhändler mehr. Die Milchzentrale hat kein Recht, dem Schlachthof angegliedert zu werden, etwas anderes ist das mit der Fettschmelze. Vielleicht könnte die Zentrale auf konsungsoffizieller Grundlage aufgebaut werden.

Stv. Dr. Frank bemerkt, diejenigen Rörerverhältnisse, die die Milchzentrale gegründet haben, könnten stolz auf das Unternehmen sein. Der Redner verweist darauf, daß die Badische Landwirtschaftskammer sich für die Fortentwicklung dieser Zentralen sehr interessiert. Entscheidend sei, ob die Milchzentrale preisregulierend wirken kann. Er ist der Ansicht, daß sie preisregulierend gewirkt hat, seit der Einführung der Filialen in Ludwigshafen sei z. B. der Preis der Milch von 24 auf 22 zurückgegangen. Bei der Tatsache, daß die Milchzentrale nur 11 Prozent des Abzuges in Händen hat, sei es doch eine starke Hebelwirkung, von dem Munde der Milchhändler zu sprechen. Er glaube sogar, daß die Milchzentrale sogar den Allgemeinabgang der Milch gehoben hat und die Milchzentrale habe doch auch wieder Leute Existenz gewährt. Man könne im Zweifel sein, ob die Fettschmelze wie die Milchzentrale eine gemeinnützige Einrichtung ist. Die Innungsmeister haben bekanntlich die Doutsider von der Fettschmelze ausgeschlossen, was jedenfalls nicht im Gemeininteresse liege. Als Aktionär sei die Milchzentrale schlechter gestellt, als das Bürgerliche Gesetzbuch zuläßt.

Der Mietvertrag ist so gehalten, daß ihn ein Privatunternehmer nicht schärfer hätte fassen können. Der Redner wendet sich dann zu der Zentrumsresolution. Der eine Teil derselben betreffend die Bezugspreise von Gas und Strom sei überholt durch die Erklärung des Stadtrats. Bezüglich des anderen Punktes bemerkt Redner: Nachdem die Milchzentrale einmal da ist, ist es nicht angängig, derselben Fesseln anzulegen. Daß die Milchzentrale ein Buttergeschäft betreiben müsse, sei selbstverständlich. Wenn man der Milchzentrale verbieten wollte zu buttern, sei das Geld verbrüht, daß man hineinsteckt. Den Vorschlag mit der Maßgabe von Milch an die Milchhändler hält Redner für undurchführbar. Damit würde die Milchzentrale zum Konkurs verurteilt. Woher solle sie die Milch nehmen wie im Stande sein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Oder sollten diese Selbstkosten inkl. Unkosten sein? Dann würde es bei dem jetzigen Zustand bleiben und der Antrag sei überflüssig.

— Die Rede des verstorbenen Viehhändlers, Hans u. a. (natl. Zeit.) Gestern Abend gab in der Speldingstraße bei einer Frau namens Schöne wohnende polnische Arbeiter Herzog auf die Frau und deren 20 Jahre alte Tochter sechs Revolverkugeln ab. Die Frau wurde von drei, die Tochter von zwei Kugeln getroffen, und beide schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Der Grund der Tat dürfte darin zu liegen sein, daß die Tochter beabsichtigte, ihr Verhältnis mit Herzog zu lösen.

— Nord. R. o. n. i. n, Rußland, 26. Mai. Heute morgen wurde der Getreidehändler Hahn in seinem Bette mit durchschnittenem Hals er-

mordet aufgefunden. Neben dem Bette lag befinntungslos mit einer schweren Kopfverletzung 17jährige Sohn des Ermordeten. Aus dem erbrochenen Geldschrank waren 6000 Rubel gestohlen. Die Tat ist von dem bei Hahn beschäftigt gewesenen 17jährigen Handlungsgehilfen Schwarz verübt, der flüchtig ging.

### Letzte Nachrichten und Telegramme.

Breslau, 26. Mai. Auf das von der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins an den Kaiser gerichtete Telegramm ist folgendes Antworttelegramm eingetroffen: Potsdam. Meinen besten Dank für das freundliche Gedanken. Möge der in den Dienst des Vaterlandes gestellten opferfreudigen Arbeit des Deutschen Flottenvereins auch ferner ein segensreicher Erfolg beschieden sein. Wilhelm.

### Verlobung des Prinzen Oskar von Preußen.

w. Berlin, 26. Mai. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, fand heute in Weiskow bei Teterow die Verlobung des Prinzen Oskar von Preußen mit der Gräfin Ina Marie von Bassewitz, der zweiten Tochter des mecklenburgischen Staatsministers Grafen von Bassewitz-Ledebow und der Gräfin Margarethe von Bassewitz geborene Gräfin von der Schulenburg statt, nachdem der Kaiser dem Prinzen allerhöchste seine Einwilligung zur Eingehung einer morganatischen Verbindung zu erteilen geruht. Vor dem Termin der Vermählung sind Bestimmungen noch nicht getroffen.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unv. Berl. Bur.) Zu der Verlobung des Prinzen Oskar schreibt die B. Z. a. Mittag: Die Braut des jungen Kaisersohnes gehört einem Hause an, das nicht die Ebenbürtigkeit im fürstlichen Sinne besitzt. Daher kann die beabsichtigte Ehe nur eine morganatische sein. Die Braut tritt in solchen Falle nicht in das prächtige Königshaus ein, sondern der König von Preußen verleiht ihr und ihren Nachkommen Name und Rang. Ähnliche Fälle sind schon mehrfach vorgekommen. Der letzte war der des Prinzen Adolphs Vater, der eine solche Ehe mit einem Fräulein von Rauch einging, die dann den Namen einer Gräfin erhielt.

Gräfin Ina Marie Helene Adele Elise Bassewitz ist am 26. Januar 1888 in Mecklenburg-Schwerin geboren. Sie stammt aus dem Hause Bassewitz-Ledebow. Die Braut besitzt vier Brüder und eine Schwester Margarethe, die mit dem Freiherren Otto von Stenglin, Oberleutnant im 1. Mecklenburgischen Dragonerregiment Nr. 18 verlobt ist. Ihr ältester Bruder Karl, der aber jünger als sie und ihre Schwester ist, ist preussischer Regierungsreferendar, der zweite ist Leutnant im Potsdamer Kürassier-Regiment, die beiden jüngsten Brüder befinden sich noch auf der Schule. Der Vater der Braut Graf Karl von Bassewitz-Ledebow steht als Staatsminister, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der Angelegenheiten des Königs, Danes, sowie als Präsident des Staatsministeriums an der Spitze der Regierung des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin.

Prinz Oskar von Preußen, der fünfte von den 6 Söhnen des Kaiserpaars ist Hauptmann im 1. Garde-Regiment. Er wurde am 27. Juli 1888 im Darmstadt-Palais bei Potsdam geboren. Prinz Oskar soll seine Braut in der Umgebung seiner Mutter kennen gelernt haben, deren Ehrenname sie war. Es wird jedenfalls dem Prinzen nicht leicht gewesen sein, die Zustimmung seiner Eltern zu seiner Heirat zu erhalten. Aus der öffentlichen Bekanntmachung der Verlobung ergibt sich, daß diese bereits die Genehmigung des Kaisers erhalten hat.



### Von Tag zu Tag.

— Ein Fuhrwerk in den Rhein gekürzt. Vor 3 am Rhein, 26. Mai. Auf dem Ufergelände zwischen Schlachthof und Holzfabrikplatz in der Sohn des Fuhrmannes Johann Schuler beim Umwenden mit dem Fuhrwerk über die Ufermauer geraten und die Wohnung einwärtsgerollt. Schuler konnte sich noch in Sicherheit bringen, dagegen verlor er Wagen und Pferd in Rhein, der an der Unfallstelle 5 Meter tief ist. Rettungsversuche waren vergeblich. Der Wagen und das tote Pferd wurden eine Strecke weiter unten angetrieben.

— Die Rede des verstorbenen Viehhändlers, Hans u. a. (natl. Zeit.) Gestern Abend gab in der Speldingstraße bei einer Frau namens Schöne wohnende polnische Arbeiter Herzog auf die Frau und deren 20 Jahre alte Tochter sechs Revolverkugeln ab. Die Frau wurde von drei, die Tochter von zwei Kugeln getroffen, und beide schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Der Grund der Tat dürfte darin zu liegen sein, daß die Tochter beabsichtigte, ihr Verhältnis mit Herzog zu lösen.

— Nord. R. o. n. i. n, Rußland, 26. Mai. Heute morgen wurde der Getreidehändler Hahn in seinem Bette mit durchschnittenem Hals er-



Vollendung des Straßenbaues folgenden Jahre, aus Wirtschaftsmitteln dem Anleihenfonds wieder zuzuführen ist; b) zu den Beträgen mit der Ehem. Robert Lindenhof S. Wehl u. Cie., der Firma C. F. Wöhrlinger u. Söhne, der Immobiliengesellschaft Waldbhof und der Zellstofffabrik über die Leistung von Straßenkostenbeiträgen; 2. unter Abweisung der erhobenen Einsprache beschließen, daß die Angrenzer der Sandhofer Straße in der Strecke zwischen dem Eingang zur Spiegelfabrik und der Altheimstraße in dem aus der angeschlossenen Beiträge ersichtlichen Umfang zu den Straßenkosten beigezogen werden.

Stv. B. Weis begründete die Vorlage. Er beantragt namens des Stadtverordnetenvorstandes Genehmigung der Vorlage.

Bürgermeister Dr. F. J. J. gab bekannt, daß von dem Vertreter der Spiegelfabrik Waldbhof noch eine weitere Begründung der Einsprache eingelaufen sei. Er ersucht den Bürgerausschuß, diese Einsprache abzulehnen und die Vorlage zu genehmigen.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

**Betriebsverweiterungen bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken.**

Der Bürgerausschuß wird ersucht, zur Verbreiterung des Aufwandes für Betriebsverweiterungen: 1. des Wasserwerks 43.200 M., 2. des Gaswerks 160.000 M., 3. des Elektrizitätswerks 25.000 M., zusammen 432.200 M. aus Mitteln des Erneuerungsfonds mit der Maßgabe zu bewilligen, daß dieser Betrag innerhalb 10 Jahren aus Wirtschaftsmitteln wieder ersetzt wird.

Stv. B. Bensheimer bespricht die Vorlage im empfehlenden Sinne.

Ohne Debatte wird dieselbe angenommen.

**Anstellung einer 6000 KW Turbine im städt. Elektrizitätswerk.**

Hierzu wird ein Betrag von 435.000 M. aus Anleihenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren angefordert.

Stv. B. Bensheimer empfiehlt die Annahme der Vorlage, die ebenfalls ohne Debatte erfolgt.

**Herstellung einer direkten Straßenbahnverbindung zwischen den Bahnhofen Mannheim und Ludwigshafen.**

Der Stadträtliche Antrag lautet: „Verehrlicher Bürgerausschuß wolle: a) für die Herstellung einer Straßenbahnverbindung zwischen der Bahnhofsbahnhofstraße und der Rheinbrücke aus Anleihenmitteln einen Kredit von 156.000 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen; b) für die Pflasterung der zurzeit chausseierten Bahndammflächen der Rheinbrückenauflauf vorzüglich Anleihenmitteln im Betrag von 4500 M. zur Verfügung stellen mit der Maßgabe, daß der Betrag dem Anleihenfonds im nächsten Jahre aus Wirtschaftsmitteln wieder zu ersetzen ist.“

Stv. B. Pfeiffer verbreitet sich über die Vorlage in eingehender Weise und betont, daß man bei Genehmigung der Vorlage auf die Lokalität der Groß- und Kleinsten besonders inbezug auf § 7 batten müsse.

Stv. Lehmann bedauert, daß diese Vorlage nicht schon früher gekommen sei. Diese Vorklärung hätte früher schon durchgeführt werden sollen. Er versteht nicht, wie die Räte einen solchen Voranschlag wie § 7 vorarbeiten können. Wäre die Anleihenführung früher erfolgt, so hätte man große Ersparnisse erzielen können.

Bürgermeister Ritter: Vor 12 Jahren wurde die Konzession von der Regierung erteilt mit dem Zusatz, daß die Genehmigung zum Betrieb und zum Bau erst erteilt werden könne, wenn sich die Stadt mit der Billigkeit geeinigt hätte, d. h. mit anderen Worten, die Billigkeit hat darüber zu entscheiden, unter welchen Bedingungen sie und das Gelände überläßt. Seitdem haben lange Verhandlungen stattgefunden, wie ja in der Vorlage ersichtlich. Als uns dann schließlich diese Vertragsbestimmungen vorgelegt wurden, so war man schließlich froh, daß wir das wenigstens erreicht haben. Wir haben uns die Frage auch sehr reichlich überlegt, ob wir die Verhandlungen abbrechen oder nochmals vorzulegen seien sollen wegen des § 7. Allein wir haben uns gesagt, daß sich auch die Staatsbehörde die Widersprüchlichkeit vorstellte. Es ist das eine Hebung, die vielfach bei den Staatsbehörden besteht. Aber wir haben uns auch gesagt, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß ohne ein absolut zwingendes und dringendes Grund die Billigkeit es wagen wird, die Kündigung anzusprechen. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Billigkeit einen derartigen Schritt niemals tun wird. Sie wird es sich im Ernstfälle wohl überlegen, ob die Gründe so gelagert sind, ob man einer Stadt zumuten kann, nach einer Reihe von Jahren ihre Gleise heranzureifen und den Betrieb umzuändern. Es ist eine ganz ungehörliche Bestimmung und es ist gut, daß die Sache heute in so deutlicher Weise zum Ausdruck gekommen ist.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig genehmigt.

**Rebau eines Betriebsgebäudes für die Milchzentrale.**

Der Stadtrat beantragt: Verehrlicher Bürgerausschuß wolle: 1. den Rebau eines Betriebsgebäudes für die Rheinbrücke Milchzentrale nach dem Projekt des Bauamtes genehmigen und aus Anleihenmitteln den Betrag von 240.000 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen; 2. genehmigen, daß die Gehaltslisten an die Rheinbrücke Milchzentrale K. O. unter den vom Stadtrat festzusetzenden Bedingungen vermittelt werden.

In diesem Punkte liegt die oben mitgeteilte Resolution des Stadtrates vor.

Stv. B. Pfeiffer gibt eine kurze Begründung der Vorlage. Auf die Einsprache der Milchhändler um Aufhebung der Milchzentrale eingehend, bemerkt der Redner von einer solchen könne keine Rede sein, er führt hierbei besonders die bis zur Schaffung der Zentrale herrschenden hohen Milchpreise ins Feld. Die Zentrale habe absolut keine Wirkungen vermischt. Der Absatz der Milch habe um 10.000 Liter, der Absatz der Butter um 15.000 A. zugenommen. Die Händler welche betreibt waren gute Waren an Lesern, hätten keinen Schaden gehabt. Die Milchzentrale habe auch auf die Qualität der Milch einen sehr guten Einfluß

ausgeübt. Die Interessen der Gesamtheit haben jedenfalls höher, als die des Einzelnen. Zwecklos würde auch das Schwinden einer schweren Konkurrenz für die Abnehmer, die Konsumenten wäre, daß man auch kein Schwinden errichten dürfe. Die 200.000 A. würden der Milchzentrale nicht genügen. Er erhält den Betrag gegen Verrechnung nur zur Verfügung gestellt. Die Milchzentrale würde übrigens in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Milchzentrale der Stadt wird aber in der derzeitigen Höhe erhalten. Auf ein heute eingegangenes Schreiben der Milchhändler eingehend, bemerkt der Redner, der Paragrafenabschnitt sei dazu da, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, nicht einer einzelnen Gruppe. Redner empfiehlt am Schluß seiner Ausführungen die Annahme der Vorlage.

Stv. Hartmann (natl.): Es liegt mir fern, eine Kritik an der Milchzentrale zu üben. Ferner möchte ich auch nicht auf die Qualität der Milch eingehen. Bei Gründung der Milchzentrale im Jahre 1911 hatten wir ein lautes Rufen gehört, im folgenden Jahre wurden bereits die Milchpreise in Mannheim wieder reduziert. Ich möchte weiter auf die in der Vorlage aufgeführte Rechnung eingehen. Wenn man von einer Esparnis von 71.500 Mark spricht, so kann man selbstverständlich diese Summe nur als richtig finden, wenn man die Preise in früheren Jahren in Betracht zieht. Was die Volkseigenenschaft betrifft, so ist die Paraphrase des Mißes derselben nicht in dem Verkauf größerer Quantitäten Milch zu suchen, sondern in der Zunahme der Mitglieder und auf den Abschluß von Lieferungsverträgen. Wenn die Milchzentrale geblieben wäre, wie sie seinerzeit beschaffen wurde, sein Reich würde gegen dieselbe etwas einzuwenden gehabt haben. Nachdem sie aber einen schmerzhaften Handel mit Butter aufgenommen hat — und dieser ist ein ganz enormer — kann man sich mit dem Unternehmen nicht mehr einverstanden erklären. Sollte die Milchzentrale den Butterhandel nicht, würde sie bereits mit einem Defizit abgeschlossen haben. Wenn man den Selbstkostenpreis der Milch, die Betriebskosten und die Zinsen abzieht, hätte die Zentrale auch im abgelassenen Jahre kein Geschäft gemacht. Alle die Versprechungen, die im § 43 gemacht werden, sind gleich Null. Der Direktor der Milchzentrale würde nicht fähig sein, ein Geschäft zu machen, wenn er nicht über die Bestimmungen hinausgehen würde. Die Milchzentrale hat bereits in Ludwigshafen Filialen errichtet; wenn das so weiter geht, wird sie auch hier Filialen errichten und darin Butter und alles Mögliche verkaufen. Zur Vervollständigung seiner Ansicht verweist der Redner auf einen ihm heute zugegangenen Brief. Die Resolution, die seitens des Stadtrates vorliegt, wird auch nicht viel Wert haben. Auch vom kaufmännischen Standpunkt aus ist die Vorlage abzulehnen. Denn man muß sich fragen, wo liegt denn die Sicherheit für die Stadt?

Es werden M. 16.000 Miete herausgerechnet. Die Milchzentrale zahlt die Miete, wenn sie Geld hat. Eine Inflation ist unangebracht. Es ist, daß man der Milchzentrale einen billigen Gehalt für Wasser, Gas und Elektrizität gewährt. Es gibt eine ganze Menge von Betrieben, denen es auch von Vorteil wäre, wenn sie billigere Waren hätten. Bei den Subventionierungen bleibe es überall in demselben. Die Milchzentrale hat sich in Mannheim und Ludwigshafen Filialen errichtet. Es war alles in Ordnung und jetzt auf einmal sind 240.000 A. für die Milchzentrale vorhanden. Ich habe an dem Standpunkt, daß die Stadt absteht nicht dazu da ist, derartige Anlagen zum Schaden eines anderen Gewerbetreibenden zu unterstützen. Ein großer Teil meiner Vorleserfreunde geht daher auf dem Standpunkt, die Vorlage aus prinzipiellen Gründen abzulehnen. Ich möchte sie daher ersuchen die Vorlage abzulehnen. Ich glaube, daß wir hier den ganzen Gewerbestand Mannheim einhalten und haben und daß sich dieser mit uns nicht durchläßt. Die Milchzentrale soll sich einmal auf den Boden des freien Wettbewerbs stellen, dann werden wir sehen, ob sie konkurrenzfähig ist. Wir ersuchen daher um Ablehnung der Vorlage und beantragen namentlich die Abstimmung.

Stv. Weitz: Die Milchzentrale, die bei ihrer Gründung die bestigsten Angriffe erfahren, hat derzeit in den weitesten Schichten der hiesigen Einwohnerschaft Anfang gefunden, daß heute wohl eine weit größere Entzweiung vorzuzugieren würde, wenn ihr Bestehen durch die Nichtannahme der heutigen Vorlage in Frage gestellt würde. Durch welche Umstände ist die heutige Vorlage notwendig geworden? Eben weil die Milchzentrale im Laufe kurzer Zeit als eine in hygienischer wie materieller Beziehung große soziale Einrichtung empfunden worden ist. Dem besondern Bedenken, der hiesigen Bevölkerung eine gute und billige Milch zu liefern, ist sie in vollem Maße gerecht geworden. In den Jahren vor der Gründung ist der Milchpreis immer mehr bis zuletzt auf 24 Pfennig in die Höhe gegangen. Und auch bei diesem Preise wurden in Milchhandelskreisen Stimmen laut, daß man noch nicht bestehen könne, daß der Verkaufspreis eine weitere Erhöhung erfahren müsse.

Die Milchzentrale, welche von gemeinnützigen, wirtschaftlichen und Berufsvereinen unter Beteiligung der Stadtgemeinde gegründet worden ist, ist kein auf Gewinn abzielendes, sondern gemeinnütziges Unternehmen. Ich habe schon vor zwei Jahren ausgesprochen, daß die leistungsfähigen Milchhändler eine Einbuße an ihrem Absatz nicht erfahren werden und tatsächlich hat, nach der eigenen Bilanz der Volkseigenenschaft, diese im Geschäftsjahre 1912/13 gegenüber dem Vorjahr, trotz der Milchzentrale, einen Mehrumsatz an Milch von 610.000 Liter und einen Mehrumsatz an Butter von 13.600 Pfund erzielt. Die Milchzentrale liefert täglich 10.000 Liter Milch, das sind nur 11 Prozent des Gesamtbedarfs. Unerlässlich ist mit einer Milchwirtschaft natürlich auch Buttererzeugung verbunden, denn die an manchen Tagen überflüssige Milch muß zu Butter verwertet werden; selbstverständlich läßt es sich hierbei auch nicht vermeiden, daß, um die Kundenschaft regelmäßig zu bedienen, auch Butter hinzugekauft werden muß. Daß die Milchzentrale zum Segen der Einwohnerschaft, besonders weiter nördlicher Kreise, so vorzügliches leistet, ist u. a. besonders dem tüchtigen, kenntnisreichen Betriebsleiter zu verdanken, dem auch an dieser Stelle Anerkennung ausgesprochen sei. Ich bitte Sie, meine Herren, dieser Vorlage möglichst einstimmig Ihre Genehmigung zu erteilen.

Stv. Busch ersucht namens seiner Fraktion um Annahme der Vorlage. Nur mit der Abtren-

nung des Geländes vom Schlachthof an die Milchzentrale könne er sich nicht einverstanden erklären.

Stv. G. Giebler ist für die Vorlage. Durch die Milchzentrale habe man die Möglichkeit, gute Milch zu erhalten. Man müsse anerkennen, daß die Milchzentrale so ganz recht gewirkt habe, und sie werde das auch in Zukunft tun. Daß der Milchpreis gefallen ist, ist nicht auf die Milchzentrale zurückzuführen, sondern das hat unser lieber Herrgott verschuldet, der viel Futter wachsen ließ. Die Milchzentrale hat vielleicht mitgewirkt, daß die Preise rascher gefallen sind. Ein Teil meiner Freunde stimmt für die Vorlage. Redner befürwortet alsdann die Annahme der von seiner Fraktion eingereichten Resolution und ersucht um deren Annahme. Die Milchzentrale soll so arbeiten, wie jeder andere Gewerbetreibende. Sie soll deshalb so behandelt werden, wie jeder Privatunternehmer.

Eine weitere Bedingung sei, daß das Buttergeschäft ein Nebengeschäft bleibe, es soll keine Butter mehr dazu gekauft werden. Im Verkauf von Qualitätsbutter sei die Milchzentrale nicht da, sie solle aus sozialen Gründen nur den mittleren Schichten der Bevölkerung eine gute Butter verabsorgen. Wir würden Arbeiterkassen einen großen Anteil bieten, wenn die Milchhändler die Milch von der Zentrale beziehen. Deswegen habe auch Zentrum auch den dritten Antrag gestellt. Der Redner ersucht schließlich um Annahme der Vorlage.

Stv. Kern: Zu gute komme der Zentrale ja wohl, daß eine gute gleichwertige Milch in den Handel gebracht wird, ich kann mich aber mit dem Vorkaufsrecht nicht einverstanden erklären. Wo bleibe eigentlich die Preisregulierung? Er habe gegen das Fortbestehen der Milchzentrale überhaupt nichts einzuwenden. Wenn die Stadt die Zentrale in die Hand nehme, würde sie in zwei bis drei Jahren ein Fiasko erleben, würde aber die heutige Vorlage angenommen, würden in zwei Jahren keine 10 Milchhändler mehr in Mannheim zu finden sein. Wenn wir das alles genehmigen, was heute vorliegt, dann wird die Milchzentrale noch sechs- bis siebenmal mehr leisten, dann brauchen wir keine Milchhändler mehr. Die Milchzentrale hat kein Recht, dem Schlachthof angegliedert zu werden, etwas anderes ist das mit der Fettschmelze. Vielleicht könnte die Zentrale auf konsumgenossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden.

Stv. Dr. Frank bemerkt, diejenigen Vorkaufsrechte, die die Milchzentrale gegründet haben, könnten stolz auf das Unternehmen sein. Der Redner verweist darauf, daß die Badische Landwirtschaftskammer sich für die Fortentwicklung dieser Zentren sehr interessiert. Entscheidend sei, ob die Milchzentrale preisregulierend wirken kann. Er ist der Ansicht, daß sie preisregulierend gewirkt hat, seit der Einführung der Filialen in Ludwigshafen sei z. B. der Preis der Milch von 24 auf 22 zurückgegangen. Bei der Laktation, daß die Milchzentrale nur 11 Prozent des Absatzes in Händen hat, sei es doch eine starke Ubertreibung, von dem Ruine der Milchhändler zu sprechen. Er glaube sogar, daß die Milchzentrale sogar den Allgemeinabfall der Milch geboten hat und die Milchzentrale habe doch auch wieder Leuten Existenz gewährt. Man könne im Zweifel sein, ob die Fettschmelze wie die Milchzentrale eine gemeinnützige Einrichtung ist. Die Innungsmeister haben bekanntlich die Doutsider von der Fettschmelze ausgeschlossen, was jedenfalls nicht im Gemeininteresse liegt. Als Aktionär sei die Milchzentrale schlechter gestellt, als das Bürgerliche Gehobuch zuläßt.

Der Mietvertrag ist so gehalten, daß ihr ein Privatunternehmer nicht schärfer hätte fassen können. Der Redner wendet sich dann zu der Zentrumsresolution. Der eine Teil derselben betreffend die Verzugweise von Gas und Strom sei überholt durch die Erklärung des Stadtrates. Besondrer des anderen Punktes bemerkt Redner: Nachdem die Milchzentrale einmal da ist, ist es nicht angangig, dieselben Fesseln anzulegen. Daß die Milchzentrale ein Buttergeschäft betreiben müsse, sei selbstverständlich. Wenn man der Milchzentrale verbieten wollte zu buttern, sei das Geld verbuttert das man hineinsetze. Den Vorschlag mit der Abgabe von Milch an die Milchhändler hält Redner für unüberwindlich. Damit würde die Milchzentrale zum Bankrott verurteilt. Woher solle sie die Fesseln nehmen wie im Stande sein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Oder sollten diese Selbstkosten inkl. Untkosten sein? Dann würde es bei dem seitherigen Zustand bleiben und der Antrag sei überflüssig.

Von Tag zu Tag.

Ein Fuhrwerk in den Rhein gekürzt. Vor dem Rhein, 25. Mai. Auf dem Uferlande zwischen Badstadt und Hülshausen lag in der Gasse des Aufmanns Johann Schneider beim Umsetzen mit dem belpannen Fuhrwerk über die Ufermauer geraten und die Föschung einabgefahren. Schneider konnte sich noch in Eile retten, dagegen verlor er Wagen und Pferd im Rhein, der an der Unfallstelle 5 Meter tief ist. Rettungsversuche waren vergeblich. Der Wagen und das tote Pferd wurden eine Strecke weiter unten angetrieben.

Die Rede des verstorbenen Viehhändlers. In der Nacht, 25. Mai. (Priv. Tel.) Gestern Abend gab in der Spaldbühne der bei einer Frau namens Schütte wohnende polnische Arbeiter Herzog auf die Frau und deren 20 Jahre alte Tochter sechs Revolverkugeln ab. Die Frau wurde von drei, die Tochter von zwei Kugeln getroffen, und beide schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Der Grund der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß die Tochter beabsichtigte, ihr Verhältnis mit Herzog zu lösen.

Werb. Konin, Ausland, 26. Mai. Heute Morgen wurde der Getreidehändler Sohn in seinem Bett mit durchschnittenem Hals er-

mordet aufgefunden. Neben dem Bett lag bestimmungslos mit einer schweren Kopfwanne der 17jährige Sohn des Ermordeten. Aus dem erbrochenen Geldschrank waren 6000 Rubel gestohlen. Die Tat ist von dem bei Sohn beschäftigt gewesenen 27jährigen Handlungsgehilfen Schwarz verübt, der flüchtig ging.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Breslau, 26. Mai. Auf das von der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins an den Kaiser gerichtete Telegramm ist folgendes Antworttelegramm eingetroffen: Potsdam. Meinen besten Dank für das freundliche Bedenken. Möge der in den Dienst des Vaterlandes gestellten opferwilligen Arbeit des Deutschen Flottenvereins auch ferner ein gegenwärtiger Erfolg beschieden sein. Wilhelm.

Verlobung des Prinzen Oskar von Preußen.

Berlin, 26. Mai. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, fand heute in der Hofkapelle bei Peterhof die Verlobung des Prinzen Oskar von Preußen mit der Gräfin Ina Marie von Bassewitz, der zweiten Tochter des mecklenburgischen Staatsministers Grafen von Bassewitz-Devchow und der Gräfin Margarethe von Bassewitz geborene Gräfin von der Schulenburg statt, nachdem der Kaiser dem Prinzen alleerbhöchste Einwilligung zur Eingehung einer morganatischen Verbindung zu erteilen geruhte. Den Termin der Vermählung sind Bestimmungen noch nicht getroffen.

Berlin, 26. Mai. (Von uns. Berl. Dir.) Zu der Verlobung des Prinzen Oskar schreibt die „B. Z. a. Mittag“: Die Braut des jungen Kaiserjohannes gehört einem Hause an, das nicht die Ebenbürtigkeit im juristischen Sinne besitzt. Daher kann die beabsichtigte Ehe nur eine morganatische sein. Die Braut tritt in solchem Falle nicht in das preussische Königsdom ein, sondern der König von Preußen verleiht ihr und ihren Nachkommen Name und Rang. Ähnliche Fälle sind schon mehrfach vorgekommen. Der letzte war der des Prinzen Albrechts Vater, der eine solche Ehe mit einem Fräulein von Rauch einging, die dann den Namen einer Gräfin erhielt.

Gräfin Ina Marie Helene Adele Elise Bassewitz ist am 26. Januar 1888 in Mecklenburg-Schwerin geboren. Sie stammt aus dem Hause Bassewitz-Devchow. Die Braut besitzt vier Brüder und eine Schwester Alexandrine, die mit dem Freiherrn Otto von Stenglin, Oberleutnant im 1. Mecklenburgischen Dragonerregiment Nr. 18 verlobt ist. Ihr ältester Bruder Karl, der aber jünger als sie und ihre Schwester ist, ist preussischer Regierungsrat, der zweite ist Leutnant im Paderborner Artillerie-Regiment, die beiden jüngsten Brüder befinden sich noch auf der Schule. Der Vater der Braut Graf Karl von Bassewitz-Devchow steht als Staatsminister, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der Angelegenheiten des Königs, Hauses, sowie als Präsident des Staatsministeriums an der Spitze der Regierung des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin.

Prinz Oskar von Preußen, der fünfte von den 6 Söhnen des Kaiserpaars ist Hauptmann im 1. Garde-Regiment. Er wurde am 27. Juli 1888 im Mannorpalais bei Potsdam geboren. Prinz Oskar soll seine Braut in der Umgebung seiner Mutter kennen gelernt haben, deren Ehrenname sie war. Es wird jedenfalls dem Prinzen nicht leicht gewesen sein, die Zustimmung seiner Eltern zu seiner Heirat zu erhalten. Aus der öffentlichen Bekanntmachung der Verlobung ergibt sich, daß diese bereits die Genehmigung des Kaisers erhalten hat.





Aus dem Großherzogtum.

Heidelberg, 25. Mai. Im Heidelberger Hauptbahnhof wurde gestern mittags der Lokomotivführer Friedrich Krauß von hier auf der Lokomotive nach Schlagenfall betrogen und sank an seinem Arbeitsplatz zusammen. Die Lokomotive stand am Kohlenlager, um Kohlen aufzunehmen. Der Betroffene hat ein Alter von 45 Jahren erreicht.

Heidesheim, 25. Mai. Im Verlaufe eines Streites infolge von Familienverhältnissen gab der 17jährige Fabrikarbeiter Josef Herzog auf seinen Stiefvater Johannes Koch drei Revolverkugeln ab, wovon zwei in den Leib und der dritte in den Hinterkopf drangen. Der Täter stellte sich freiwillig der Behörde und wurde verhaftet. Die Verletzungen des Jungs sind schwer, aber anscheinend nicht lebensgefährlich.

Wetzheim, 24. Mai. Eines der ältesten Mitglieder des deutschen Hochballs, Herr Karl zu Wetzheim-Wetzheim, vollendete das 80. Jahr als „Baron Raymond“ im Dominikanerkloster in Trier.

Wietzen, 24. Mai. Aus dem Heister geprüngt ist die 78 Jahre alte Frau Katharina Duffel. Bei dem Fall brach sie sich beide Beine und ist an den Verletzungen gestorben. Die alte Frau litt an Verfolgungswahn.

Karlsruhe, 25. Mai. Eine heilige Korrespondenz meldet, daß sich im Café Museum am Samstag eine junge Dame durch einen Schuß in die Brust schwer verletzte. Die Tat geschah jedoch im Café Eden. Ursache unglückliche Liebe zu einem auswärtsigen jungen Künstler. Die nächste Generalversammlung des Deutschen Rottenvereins wird, wie von der heiligen Zeitung des Vereins aus Breslau gebräutet wird, in Karlsruhe stattfinden.

Worabheim, 25. Mai. So feierlich hier vor 14 Tagen die Gastwirtin werbeausstellung eröffnet wurde, so ruhig und sanglos wurde sie am letzten Sonntag auch geschlossen. Immerhin kann man mit erfreulicher Genugtuung feststellen, daß ihr Verlauf ein sehr glänzender war, wenn auch der Besuch hin und da, namentlich an den Werktagen zu wünschen übrig ließ. Am Sonntag mittags fand die Preisverteilung statt. Es wurden dabei unter vielen anderen auch folgende badische Namen außerhalb Worabheims prämiert: Stierlein u. Seiler, Hofherbst Rastatt (goldene Medaille und Ehrenpreis), Karl Gerscher, Herbsdorf, Großh. Hoflieferant, Karlsruhe (silberne Medaille und Ehrenpreis), Heinrich Drüschler, Herbsdorf (Kronen (beide)), Hugo Bauer, Möbel- u. Tischlermeister Mannheim (silberne Medaille), Hermann Seifert, Schlossermeister Lahr (beide), K. Berner, Schaufenermeister Karlsruhe (beide), Metzgermeister Bregelsdorf Lörach

(bronzene Medaille und Ehrenpreis), Badische Landwirtschaftskammer Karlsruhe (silberne Medaille), Emil Schneider, Seiffelacker, Wiesern (bronzene Medaille), Buntler, Feigwarenfabrik, Göttingen (silberne Medaille und Ehrenpreis), Johann Schalle, Pianos und Musikinstrumente, Karlsruhe (goldene Medaille).

Kehl, 25. Mai. Am Sonntag nachmittags erkrankte beim Baden an verbotener Stelle im heiligen Hofen der bei einem Baumeister beschäftigte 18jährige Josef Winkler aus Jufenhofen, Amt Oberkirch.

Kehl, 25. Mai. Am Freitag Mittag bemerkte der Zugführer Schmid einen Brandgeruch; der vom Hofe aus in das Zimmer drang. Die nähere Untersuchung ergab, daß der verdächtige Geruch aus einer im Hofe lagernden Bettmatrize entstieg. Nach wurde die Matratze aufgesperrt und die darin befindliche feine Wolle in einen gerade bereit stehenden mit Wasser gefüllten Eimer geworfen. Kaum war die Wolle mit dem Wasser in Berührung gekommen, als die feine Wolle wie Pulver explodierte und die Matratze emporschlug. Da kein Mensch in den Hof gekommen war, ist anzunehmen, daß Selbstentzündung vorliegt.

Kollschweil (bei Staufen), 25. Mai. Hier brannte das frühere Gasthaus zur „Sonne“ des Landwirts Röll vollständig nieder. Fünf Stück Rindvieh, zwei Schweine und zahlreiche Hühner kamen in den Flammen um. Unter dem Verdacht

der Brandstiftung wurde der Bauer Franz Ganser von Volkstschweil verhaftet.

Saßr, 25. Mai. Unter dem Vorsitz des Oberförstlers von Stetten sagte gestern im Hofmann zum Pflug der badische Landesverein des Allgemeinen deutschen Jagdschützenvereins, um sich mit verschiedenen Fragen jagdlicher Natur zu befassen. Beim nachfolgenden Festmahle brachte Herr Reichl von Stetten-Karlsruhe ein Hoch auf den Großherzog und den Prinzen Herzog aus.

Saglach i. N., 25. Mai. Der Vocantsschlag steht in Einnahmen 101 948 Mark, in Ausgaben 151 475 M. Der durch Umlage, die in diesem Jahre wieder um 5 Pfg. (von 30 auf 35 Pfg.) erhöht werden mußte, zu bedende Gesamtbeitrag ist 40 532 M. Der Vereinamtschlag hat den Vocantsschlag genehmigt.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Dortmund, 24. Mai. Wegen Vorderrucks an ihrem Rinde wurde eine 25jährige polnische Arbeiterin festgenommen, welche in der Nähe des Gutes Bienenfeld bei Heselbach auf dem Felde einem Rind das Leben schenkte und es sofort in den nahe vorbeistreichenden Rindbach warf, wo es durch eine andere Arbeiterin gerettet werden konnte.

Tägliche Sport-Zeitung

Mittelrheinischer Regattaverband.

Wiesbaden, 24. Mai. Der Mittelrheinische Regattaverband hielt heute seinen Verbandstag im „Wiesbadener Hof“ in Wiesbaden ab. Vertreten waren alle 15 Verbandsvereine. Den Vorsitz führte Ed. Werner-Wiesbaden. Die Aufnahme der Singener Rudergesellschaft und des Wehlers Ruderklub wurde einstimmig genehmigt. Der Jahresbericht, der eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes erkennen ließ, wurde genehmigt. Der Kassendbericht wies einen Ueberschuß von 246 Mark auf. Aus dem weiteren Verlauf der Tagesordnung ist hervorzuheben, daß der Verband beschloß, seine Mitgliedschaft beim Verein Deutschland lösen zu lassen. Als Vertrauensmänner zur Prüfung der Leistungen zur Erlangung des Sportsabzeichens wurden gewählt: Reumann-Höcht, Lorge-Rosel, Gangloff-Dorvenheim. Es wurde beschlossen, wieder ein Dauerruderer auf dem herrlichen Altrhein bei Duppelheim abzuhalten und als Tag hierfür mit Rücksicht auf das Paris-Genève-Regatta-Rudern nicht der 30. August, sondern der 13. September bestimmt. Es sollen diesmal vier Rennen ausgeschrieben werden, davon ein Gast-Rennen für Vereine, welche nicht dem Mittelrheinischen Verband angehören. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden genehmigt, jedoch an dem Grundsatze festgehalten, daß jeder Verein nur eine Stimme führen soll, damit mit gleichen Kräften und gleichen Schwierigkeiten dem gemeinsamen Ziel zugearbeitet werden kann. Es wurde beschlossen, den diesjährigen Deutschen Rudertag in Berlin zu besuchen; als Abgeordneter wurde Ed. Werner-Wiesbaden gewählt. Es wurde beschlossen, einen Antrag auf Einsetzung des Deutschen Ruderverbandes in Genu zu stellen und nach beider Umfange dieser Antrag eingehend begründet und dessen dringende Notwendigkeit einstimmig anerkannt. August Bloch-Koblenz machte noch Mitteilungen über die Vorbereitungen für die am 12. Juli zu Koblenz-Moselweil stattfindende Verbandsregatta, für welche der Oberpräsident der Rheinprovinz das Protektorat übernommen und einen Wanderpreis gestiftet hat. Die Strecken- und Platzfrage ist günstig gelöst. Es werden 15 Rennen gerudert. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der Herren Werner-Wiesbaden, Lorge-Rosel, Diesch-Riedrich und Fischer-Wiesbaden als Mitglieder des engeren Ausschusses der Geschäftsleitung, wogegen noch je ein Mitglied der einzelnen Vereine als weiterer Aufsicht tritt. Die nächste Ausschreibung findet am 12. Juli in Koblenz statt.

Flug-Expedition in Südwest.

Nun ist der sechsstellige Bunsch unserer Landleute in Südwest in Erfüllung gegangen. Herr Bruno Büchner, einer unserer ältesten Piloten hat sich am 11. April in Hamburg nach Südwest eingeschifft, nachdem sein Pfalz-Doppeldecker bereits am 5. April in Hamburg verlassen hatte und ist am 5. Mai in Swakopmund eingetroffen. Nachdem Herr Büchner seinen vollständig gerüsteten Apparat in wenigen Tagen montiert hatte, unternahm er am 14. Mai die erste Ausflüge, die gut verliefen. Eine unzählige Menschenmenge fand sich auf dem Schuttplatz ein, um das große Wunder zu schauen. Mit Begierde verfolgten unsere weihen und farbigen Landsleute den Aufstieg. Nach wenigen Metern Anlauf erhob sich der Apparat in die Höhe und schwebte wie ein mächtiger Vogel über die staunenden Zuschauer. Als nun Büchner nach längerer Fluge landete, da kamte der Jubel seine Grenzen mehr. Von unsern Südwestlern wurde Büchner als Held gefeiert, von den Eingeborenen als Gott bewundert. So zeigte Herr Büchner unsern Landsleuten, daß auch auf diesen Weite unsere deutsche Nation an der Spitze steht. Das von Herrn Büchner benutzte Flugzeug ist ein von dem Pfalz-Fliegerclub in Wetzheim G. v. D. Spener a. H. gebautes Doppeldecker, Milliarde. Die Spannweite beträgt 14,50 Meter, das Gewicht 750 Kilogramm. Die Geschwindigkeit beträgt 120 Kilometer pro 100 PS-Motor. Im Gegenlage zu dem Doppeldecker andern Fahrtenes der Dr. Hansen-Regatta-Motor. Ge-

mächt diese Ausführung auch nicht den eleganten Anblick des Rumpfdoubledeckers, so sind die Vorteile des hintenliegenden Motors so große, daß man mit der Zeit wohl ausschließlich auf diesen Typ übergehen wird. Vor den Tragflächen in einem Boot sitzen Führer und Beobachter in bequemem Klubsessel, frei von jeder Rauch- und Gelbläufigkeit des Motors bei vollständig freier Aussicht. Alle Instrumente zur Kontrolle des Motors und des gesamten Apparates wie Tourenzähler, Höhenmesser, Anlasser etc. sind in übersichtlicher Weise, direkt vor den Augen des Führers auf gemeinsamer Schalttafel im Boot untergebracht. Wie bereits oben erwähnt, hat das Flugzeug auf seinem ersten größeren Ueberlandungsflug von Swakopmund nach Karibib eine Geschwindigkeit von 120 Kilometer erzielte. Nach 60 Meter Anlauf erhob sich das selbe bereits vom Boden und erreichte in ca. acht Minuten 1000 Meter Höhe. Das ganze Flugzeug ist aus Stahl hergestellt, mit Ausnahme der Spierren in den Tragflächen, deren Keimstellen mit Stoff umwickelt und verdrängt sind, um ein Ausplatzen unter der tropischen Hitze zu verhindern. Die gesamte Verpauung ist feuerfester, wasser- und luftdicht imprägniert, so daß das Flugzeug, das mangels Schuppen stets Tag und Nacht im Freien steht, wohl jeder Witterung standhalten dürfte.

Rudersport. Frankfurter Regatta.

Für die an den beiden Pfingstfeiertagen, Sonntag, 31. Mai und Montag, 1. Juni, stattfindende Ruder-Regatta des Frankfurter Regattaverbandes ist nachstehendes Programm festgesetzt worden: Samstag, 30. Mai, abends 5 Uhr, Vorkommen zu den Rennen 1, 10 und 8. Gesellschaften zusammenstellen auf dem Regattaplatz an Deutscherberrenn. Konzert, ausgeführt von der Kapelle der Opf. Werke, Ruffelsheim. Sonntag, 31. Mai, Vormittags von 9 1/2 Uhr ab Vorkommen zu den Rennen 5, 20, 14. Nachmittags 3 Uhr Beginn der Regatta. Abends 8 Uhr: Gesellschaftliche Zusammenkunft auf dem Regattaplatz der Frankfurter Rudergesellschaft „Germania“ am Schaumainlauf. Montag, 1. Juni, Vormittags von 8 Uhr ab Vorkommen zu den Rennen 2, 17, 18, 13. Nachmittags 12 1/2 Uhr: Festessen im Carlton-Hotel am Bahnhofsplatz; Anmeldungen an Herrn Heinrich Nüssmann, Goethestraße 4, Telefon 3016 erbeten. Nachmittags 3 1/2 Uhr Beginn der Regatta. Nach Schluß derselben Preisverteilung auf dem Regattaplatz.

Darunter Regatta. Die Vorbereitungen für die am 14. Juni in Worms stattfindende Regatta sind soweit vorgeschritten, daß bereits mit der Aufstellung der Bootlager begonnen wurde, ebenso sind die Aufstebe- und Wasserzäume fertiggestellt und es werden alle nur wünschenswerten technischen Einrichtungen und Reparaturen getroffen werden. In den Bootlagern führt ein direkter Geleise der Staatsbahn, so daß die Verladung der Boote auf das bequeme vorgezeichnete werden kann. Für alle 12 Rennen sind schöne Ehrenpreise festgesetzt. Die legenden Ruderer erhalten künstlerisch ausgeführte silberne Ehrenschalen, welche auf die Stadt Worms in Goldschmelze und Sage Bezug nehmen. Der Meldeschluß für die Regatta ist auf Freitag, 29. Mai festgesetzt und da die Regatta keine händige Einrichtung werden soll, sondern nur mit größter Aufmerksamkeit ihre Wiederholung finden soll, so hofft die veranstaltende Ruder-Gesellschaft Worms auf die Unterstützung aller befreundeten Vereine durch gute Meldungen.

Mittelrheinische Verbands-Regatta. Für die am 12. Juli auf der Mosel bei Koblenz stattfindende Ruder-Regatta des Mittelrheinischen Regattaverbandes sind folgende 15 Rennen ausgeschrieben: 1. Junior-Ruderer, 2. Seniors, 3. Seniors, 4. Seniors, 5. Seniors, 6. Seniors, 7. Seniors, 8. Seniors, 9. Seniors, 10. Seniors, 11. Seniors, 12. Seniors, 13. Seniors, 14. Seniors, 15. Seniors.

zeitiger Wiesbadener R.-M. 10. Jungmann-Ruderer. 11. Zweiter Ruderer. Nicht offen für Bewerber zu Rennen 7. 12. Trost-Sig-Ruderer. 13. Beschränkter Verbands-Ruderer. Für Ruderer, welche 1914 nicht von einem berufsmäßigen Ruderlehrer ausgebildet wurden. 14. Jungmann-Ruderer. 15. Großer Ruderer. Staatspreis. Herausforderungspreis. Verteidiger Mainzer Ruderverein. Die Länge der Bahn beträgt 1000 Meter. Der Meldeschluß ist Freitag, 26. Juni. Meldungen sind an Herrn August Bloch, Koblenz zu richten.

Saar- und Mosel-Regatta. Zur Saar- und Mosel-Regatta, welche am 7. Juni in Trier gerudert wird, wird von 16 Vereinen 52 Boote gemeldet. Der Frankfurter Ruderklub hat sechs Boote für Einer, Doppelzweier, Zweier und Vierer besetzt.

Denley-Regatta. Zu der diesjährigen Denley-Regatta, welche vom 1. bis 4. Juli stattfindet sind bereits zwei amerikanische Ruderklubs gemeldet, der Union Boat Club Boston und der Philadelphian Boat Club New York ohne Steueremann. Ferner wird der Toronto Ruder-Club sein Mitglied R. Dibble, den kanadischen Meisterkämpfer zu den Diamond Skulls melden. Von den kontinentalen Rudervereinen werden voraussichtlich der Mainzer Ruder-Verein und der Gröden-Ruder-Club bis auf den Regatta teilnehmen. Die Gröden-Ruderer haben bereits zum Stewards Challenge Cup, Vierer ohne Steueremann, gemeldet. In diesen Rennen und möglicherweise auch zum ersten Mal, dem Grand Challenge Cup, wird voraussichtlich auch der Mainzer Ruderverein melden, so daß aller Voraussicht nach die diesjährige Regatta für die kontinentalen Vereine sich zu einem Grandmeister für ihre vorzüglichsten Mannschaften gestalten. Zur diesjährigen Denley-Regatta werden keine Mannschaften zugelassen, welche in den letzten vier Wochen vor der Regatta von einem Berufsruderer angeleitet sind. Nur für Stüler ist ein solcher erlaubt. Eine australische Auswahlmannschaft des australischen Ruderverbandes wird zur Regatta kommen.

Pferdereennen.

Wiesbaden, 24. Mai. Rarocobrunnpreis. 4000 Mark. 1. Graf F. Herberich's Sturmbrant (St. Wilhelms), 2. Helmrich, 3. Salamis. 42:10; 24. 45:10. - Preis von Gomburg. 5000 M. 1. W. v. C. Arnulf's Industrie (Wurz), 2. Streus, 3. Rumpel. 44:10; 15. 18:10. - Preis von Dranten. 5000 M. 1. W. Lindenberg's Karus (St. Wilhelms), 2. Grammitz, 3. Dranten. 38:10; 12. 14:10. - Herren-Rarocobrunn. 3400 M. 1. H. v. Schilgen's Corala (Wol.), 2. Bouy and Oull, 3. Quillhorn. 29:10; 11. 12. 12:10. - Frankfurter Doppelcap. 5000 M. 1. Graf F. Herberich's Monarch (Varegan), 2. Journeman, 3. Freidorf. 40:10; 25. 30:10. - Preis von Feldberg. 2800 M. 1. St. Ritter's Brodakin (Wilm. Zeitmann), 2. Golden Knecht, 3. Hildner. 38:10; 18. 24:10. - Wambacher Jagdreunen. 3000 M. 1. C. Sahr's Harder (St. Diegels), 2. Pido, 3. Hensleren. 38:10; 21. 16:10.

Bei den Rennen in Königsberg segelten: Edeltrude (25), Rarocobrunn (18:10) Kronprinz (42:10), Wambacher (26:10), Dargensfreund (18:10), Helmerie (20:10).

Bei den Trobrennen zu Steuding segelten am Sonntag folgende Pferde: Santa III (47:10), Alca (22:10), Franz Alca I (27:10), Alca III (18:10), Alca IV (19:10).

Tennisspieler.

Salon Tennis, von Louis Banke, ist der Titel einer Serie in 10. Auflage in Hellmuth Denkers Verlag (Johannes Henner) in Dresden erschienen, durch jede Buchhandlung zum Preise von 80 Pfg. zu beziehen. Die Anleitung dieses interessanten Spieles, das Salon Tennis-Spiel ist von jedermann leicht zu erlernen, die Ausführung ist einfach, angenehm und Erholung. Der Reiz des Spieles liegt in der eigenen Fertigkeit und Behendigkeit, die man zu erlangen sich bestreben muß und auch bald erlangen wird.

Konspert.

Die Reichs-Rarocobrunn brachten dem Berliner Rarocobrunn keine Erfolge. Erweitert in vier Aufstellungen für den Großen Preis von Italien auf Courcier, Alcaard u. Schilke. Den 1. Lauf gewann Schilke mit 1/2 Länge vor Alcaard, dem eine Länge voraus Rarocobrunn folgte; im 2. Lauf legte wie-

derum Schilke mit doppelter Dandbreite vor Courcier und Alcaard, der 3. Lauf fiel am Vorderende lange an Courcier vor Alcaard und Rarocobrunn und der 4. Lauf wiederum vor Courcier mit Vorderhandlung vor Schilke und Rarocobrunn. Courcier und Schilke qualifizierten sich somit für den Galman am Sonntag, der außerdem noch die Italiener Piana und Veselchi an den Start bringt, die in ihren Läufen Gerari und Stefani gefolgt hatten. Das Rennen Rarocobrunn gegen Schilke-Alcaard gewann Schilke-Alcaard, die von 3 Läufen 2 gewonnen. - In einem Walfahren entließ unterlag Gomanz Enay gegen den Italiener Vortio.

Der Große Rarocobrunn-Preis der Stadt Berlin, das größte Regattarennen der Welt, welches eine ganz erhebliche Änderung in seiner diesjährigen Ausgestaltung auf, dem statt des gewohnten Dreierlaufes sollen sich zum ersten Mal seit Bestehen des 1884 gegründeten Rennens vier Fühler im Endlauf gegenüberstellen. Während sich bis hierher die Sieger der 8 Meilenläufe für die Zwischenrunde qualifizierten, sind auch die beiden Ersten der vier Zwischenrunden des Offnungslaufes für die Teilnahme an den vier Meilenläufen zum Großen Preis berechtigt, deren Sieger sich dann im Endlauf begegnen. Der Gesamtpreis für dieses am 26. Juni, 2. Juli und 5. Juli zum Austrag gelangende Rennen beläuft sich auf 11 000 Fr., von denen 500 Fr. dem Sieger zu fallen.

Blatt.

Der deutsche Flieger G. Zwerz aus Oberrhein führte auf dem großen Flugplatz der Luftwaffen-Gesellschaft Weimar gestern nachmittag auf einem neuen leichten und eleganten Apparat seine Sturz-, Schleifen- und Fortschritte auf. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich Tausende, darunter die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden Weimars eingefunden, um den ersten deutschen Flieger zu sehen, der die schwierigen Schleifenflüge und auch die bedauerlichen Loopingsflüge ausführen wollte, an denen gegen 6 Uhr nach der Regen eine kurze Zeit noch, die Zwerz benutzte, um auf seinem Apparat in eleganter Weise emporschnellen, Rund-, Schleifen- und Eintritte an vollzogen und schließlich 5 mal hintereinander den Loopingsflug vor dem erkrankten Publikum zur Ausführung zu bringen. Als der Flieger zum Start ohne jeden Unfall landete, begrüßte ihn ein enthusiastisches Beifallsrufen der Zuschauer. Unter Ueberreichung eines Dankzettels wurde der Flieger zur Ode geleitet. Ein zweites beachtliches Aufstiegs konnte nicht stattfinden, da der Regen in Strömen niederlag. Für Weimar sowohl wie für Mitteldeutschland war dieser Flug ein großes historisches Ereignis, welches auch zeigt, daß deutsche Flieger das gleiche und mehr wie die Franzosen leisten können.

Nachrichten. und Siderheitsflug beim Dreiecksflug.

Herr. Für den vom 30. Mai bis zum 5. Juni stattfindenden Dreiecksflug Berlin-Leipzig-Dresden sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit bei dieser Konkurrenz in Berlin, Leipzig und Dresden jeden Augenblick über den Stand des Rennens zu orientieren. So ist zwischen den drei Städten eine eigene Telegraphenlinie gezogen worden, und jeder Start, jede Landung und jeder Zwischenfall wird unmittelbar nach dem Geschehen dem Publikum bekannt gegeben. Auch für die Sicherheit der Flieger ist in weitgehendem Maße Vorkehrung getroffen worden. Die Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz haben sich bereitwillig in den Dienst der Veranstaltung gestellt und zwischen Berlin und Leipzig werden 11, zwischen Leipzig und Dresden 10 und zwischen Dresden und Berlin 14 Sanitätsstationen eingerichtet. So ist also an der Flugstrecke für je 20 Kilometer eine Kolonne für erste Hilfe vorhanden, die auch im Automobil im Notfall binnen weniger Minuten an die Unfallstelle gelangen kann. Auch die Landratsämter, die der Flug berührt, haben durch entsprechende Verbreitung dafür Sorge getragen, daß bei Notlandungen etc. innerhalb kürzester Zeit Hilfe zur Stelle ist. Von der Befolgung der Regeln durch Automobile hat man diesmal Abstand genommen, da die Kraftfahrzeuge den schnellen Flugzeugen nicht so folgen vermögen. Immerhin sind aber auch einige Autos auf den Strecken stationiert worden.

# Handels- und Industrie-Zeitung

## Das Eisenbahnwesen in den Vereinigten Staaten.

Die Berichte von der New Yorker Effektenbörse zeigen je länger je mehr, zu welcher Bedeutung für die allgemeine Stimmung der Geschäftswelt die Gütertariffrage in den Vereinigten Staaten und die damit zusammenhängenden Untersuchungen der Interstate Commerce Commission über die Finanzverhältnisse einer Reihe von Bahnen gelangt sind. In diesen Fragen stehen zwei Meinungen einander schroff gegenüber: die Bahnen berufen sich auf ihre schlechte Rentabilität und verlangen kategorisch eine Erhöhung der Gütertarife, während die Interstate Commerce Commission als Vertreterin der allgemeinen Interessen zunächst einmal die Ursachen dieser schlechten Rentabilität feststellen will, um auf diesem Wege zur Entscheidung der Frage zu gelangen, ob die Bahnen ein Recht haben, eine Erhöhung ihrer Rentabilität auf Kosten der Allgemeinheit zu beanspruchen.

Wie immer in solchen Fällen, wird der Kampf auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Das klingt deutlich aus der uns soeben zugegangenen „Wochen-Chronik“ der New Yorker Handelszeitung wieder, die sich ganz auf die Seite der Eisenbahngesellschaften gestellt hat. Wir entnehmen dem genannten Blatt folgende Ausführungen:

Mit welchen Schwierigkeiten amerikanische Eisenbahnen zu kämpfen haben, zeigt die Haltung der westlichen Bahn-Aufsichtsbeamten gegenüber dem Antrage, den 52. den Verkehr zwischen dem Osten und Westen vermittelnden Eisenbahnen eine Erhöhung des Gütertarifs zu gewähren. Bevor noch überhaupt irgendwelches Beweismaterial für oder gegen beigebracht worden war, kam die Parole aus dem Westen: „Den Eisenbahnen dürfen keine Zugeständnisse gemacht werden.“ Danach haben denn auch die Vertreter der westlichen Kommissionen, die Material und Argumente zu der Frage vorgebracht, gehandelt. Ihr Führer ist, wie schon früher berichtet, Clifford Thorne, der Chef der Eisenbahn-Kommission von Iowa. Bis vor kurzem hat er mit Louis D. Brandeis, welcher von der Kommission mit Untersuchungen in dieser Frage betraut worden war und der im großen und ganzen den Eisenbahnen auch nicht allzu freundlich gegenüber ist, an einem Strange gezogen. Jetzt aber haben sich die Wege der beiden getrennt und Herr Thorne hat, wie er sich ausdrückt, seinen bisherigen Freund „verstoßen“. Herr Brandeis hat nämlich das unverzeihliche Verbrechen begangen, wenigstens in einer Hinsicht den Eisenbahnen gerecht sein zu wollen. Er hat die Frage, ob ein Bedürfnis für die Erhöhung der Eisenbahn-Einkünfte vorliegt, in folgenden Worten bejaht:

„Es mag gesagt werden, daß die Netto-Einkünfte der Eisenbahnen in dem in Rede stehenden Klassifikationsgebiet geringer sind, als sich dies mit der Sicherung der Prosperität und der Wohlfahrt des Gemeinwesens verträglich.“

Dieses Zugeständnis, das sehr eingeschränkt wurde durch Herrn Brandeis Erklärung, die Bahnen könnten unter den gegenwärtigen Tarifen ihre Einkünfte bedeutend erhöhen (indem sie für den Dienst auf Stiegeleisen und anderen Anschlussvorkehrungen, sowie für den Speicher- und Leichterdienst Gebühren berechneten, resp. höhere Tarife einführen) hat nun Herrn Thorne in große Wut versetzt, die darin gipfelt, daß er Herrn Brandeis als einen Ueberläufer ins Eisenbahnlager bezeichnet. Er verlangt, daß die Ansicht des genannten deutsch-amerikanischen Trustbekämpfers aus dem Protokoll gestrichelt werde, was aber nicht geschehen wird.

Die schon erwähnte Rede der Senatoren La Follette in der Gütertarif-Angelegenheit hat auch bei seinen politischen Freunden sehr verstimmt und es sind aus der progressiven Presse wie der hiesigen „Mail“ ziemlich Proteste gekommen. Tatsache ist, daß so ziemlich jeder vorurteilsfreie Mensch die Notwendigkeit der Gütertarif-Erhöhungen einsieht und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche erfolgt.

Das Bundes-Obergericht hat eins von den vielen Gesetzen, welche in Texas erlassen wurden, um die Eisenbahnen zu molestieren, für verfassungswidrig erklärt. Es ist das, nach welchem kein Frachtzug-Kondukteur angestellt werden soll, wenn er nicht mindestens zwei Jahre lang als Bremser auf Frachtzügen gearbeitet hat. Das Gericht erklärt, während allerdings bei halböffentlichem Betrieb die Gesetzgebung bezüglich des Personals gewisse Normen vorschreiben könne, sei es doch nicht anständig, eine derartige Bestimmung zu erlassen, die einer einzigen Klasse von Arbeitern ein Monopol gewähre, während sie andere, die ebenso tüchtig sein möchten, wie die Kondukteure von Passagierzügen oder sonstige im Fahrdienst der Bahnen beschäftigte Personen, von dem Posten der Güterzug-Kondukteure ausschließt.

## Ursachen der Entwicklung der deutschen Fertigwarenindustrie.

D. L. C. Bis zum Ausgang der 80er Jahre bildete sich die Roh- u. Halbstoffindustrie Deutschlands in ziemlich schwieriger Situation; ihre Gewinne blieben vielfach stark hinter der Rentabilität anderer Zweige zurück. Erst durch die Organisation der Rohstoff-Produzenten wurde diese Lage geändert. An Stelle der niedrigen Gewinne traten viel höhere, als sie die Hersteller von Fertigwaren erreichen können, da es für diese viel schwerer ist, sich zu organisieren, und sie die Rohstoffe unter allen Umständen abnehmen müssen, wenn sie überhaupt fabrizieren wollen. So hat die Entwicklung in Deutschland den Verlauf genommen, daß Kartelle und Syndikate, Interessengemeinschaften, Fusionen und Trusts der schweren Industrie immer einflussreicher auf dem Markt wurden, die Fertigwarenproduzenten aber immer abhängiger. Die Natur ihrer Produkte erleichterte den Unternehmern der schweren Industrie den Zusammenschluß; das Rohstoffgewerbe beruht auf Massenproduktion, wobei sich die einzelnen Erzeugnisse wenig voneinander unterscheiden. Ein Einverständnis über ihre Tarifierung läßt sich also verhältnismäßig leicht unter den sich organisierenden Firmen finden, da es sich dabei fast nur um Quantitäten, jedoch weniger um qualitative Unterschiede handelt. Die einzelnen Firmen werden sich also um so eher zusammenschließen, als ihre Massenproduktion die Festlegung großer Kapitalien erfordert, und so das Risiko bei den Wandlungen der Konjunktur um so größer ist.

Ganz anders ist die Entwicklung der Fertigwarenindustrie gewesen; es wird zu wenig beachtet, welchen großen Anteil die Fertigwaren- und eigentliche Veredelungsindustrie am wirtschaftlichen Aufschwunge Deutschlands genommen hat. In ihr kann man freilich nicht in gleichem Maße die Zentralisation und Konzentration und die Verbandbildung auf dem Markte studieren, wie bei jenen. Hier beruht der Fortschritt weniger auf schematischer und mechanisierter Massenproduktion, auf Aufrichtung einer mehr oder weniger bürokratischen Organisation; hier sind Kartelle seitens und meist nur kurzlebig oder sehr locker, hier ist jede der zahllosen Branchengruppen, ja jede Firma ein individuelles Gebilde, an dem die persönlichen Seiten stark hervortreten. Sie genießen auch meist viel weniger den Großkredit Berliner Zentralbanken. Für sie gilt noch mehr der Vorteil und der Nachteil der atomisierten freien Konkurrenz. Sie müssen die Spezialitäten pflegen und sich oft unter mühevollen, immer wieder neu einsetzenden Versuchen den großen Markt erobern für Produkte, die oft leicht durch andre ersetzt werden können. Kann man an der Entwicklung der schweren Industrie die modernen Tendenzen zur Konzentration und Mechanisierung des Verkehrs studieren, so verdunkelt die Qualitäts- und Veredelungsindustrie mehr die andre Seite der modernen Industrieentwicklung, wie man nämlich „auch im Dienste des Kleinen (z. B. in unscheinbaren Dingen des täglichen Gebrauchs) vermittelt der spezialisierten Massenerzeugung einen Weltartikel ins Leben rufen kann“. Ein vom Gesichtspunkte der Produktionsbedingungen günstig gelegener Fabrikationsort wird das Zentrum für die Herstellung und den Vertrieb einer bestimmten Fertigware nach allen Richtungen und über weite Gebiete, womöglich über die ganze Erde hin. An solchen Industrien läßt sich die grundlegende Bedeutung der Verkehrsentwicklung für das Großgewerbe deutlich erkennen. Ohne weitere Absatzmöglichkeiten, wie sie gerade die Entfaltung des Eisenbahnwesens und der Schifffahrt, die Handelsverträge und die Politik des Friedens in den letzten 25 Jahren geschaffen haben, sind solche Veredelungsgewerbe unmöglich. Sie bedürfen ferner eines großen Reklameparates, guter kaufmännischer Beziehungen durch Reisende, Agenten und Vertreter; Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Kundschaft, Verständnis für die Konjunkturbedingungen und Promptheit in der Lieferung, hochqualifizierte Arbeit sind besonders notwendig. Diese Veredelungsindustrien (im engeren Sinne des Wortes) schaffen Produkte, deren Wert vor allem in der aufgewendeten (menschlichen und mechanischen) Arbeit besteht. Sie werden sich gewöhnlich dort entfalten, wo ein intelligenter und möglichst kultivierter Menschenschlag die persönlichen Arbeitskräfte zu stellen imstande ist, wo aber andererseits die Rohstoffe (Kohle, Erze, Steine, Erden, Holz, Wolle usw.) selten und teurer sind und auf ihrer Herbeschaffung hohe Transportkosten ruhen. Leicht erreichbare mineralische und botanische Naturerzeugnisse ziehen die „schweren“ Industrien heran; so in Niederrheinland-Westfalen, Oberschlesien, Lothringen-Luxemburg, Siegerland, an der Saar. Dort, wo sie erst aus der Ferne herbeigeschafft werden müssen, aber eine dicht gesiedelte, geübte und an städtische Kultur gewohnte Bevöl-

kerung vorhanden ist, stehen wir auf dem geeignetsten Boden für die Veredelungsindustrie: so in Württemberg, im Königreich Sachsen, Teilen von Thüringen, in Städten wie Berlin, Köln, Breslau, Dresden usw. (Aus: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., zweiter Band, VI. Buch: Die Gesamtentwicklung der deutschen Industrie.)

## Öffentliche Finanzen.

### Ueber 5 Milliarden Mark Schulden preussischer Städte.

VW. In sämtlichen Gemeinden Preußens erreichten, nach einer Aufstellung des Preussischen Statistischen Landesamtes, die langfristigen Anleihen, die Hypotheken- und Grundschulden, sowie Restkaufgelder am 31. März 1912 M. 5 337 890 000. Davon entfielen M. 4 594 350 000 oder 86,07 Prozent auf die Städte und M. 743 540 000 oder 13,93 Prozent auf die Landgemeinden. Wie sich die Schulden auf die verschiedenen Gemeindegattungen verteilen, zeigt die Uebersicht.

Städte mit	Bevölkerung v. H. der Bevölkerung sämtl. Gemein.	langfr. Anleihen, Hypotheken, Grundschulden und Restkaufgelder	Mil. M.	v. H.
über 100 000 Einw.	28,91	2 682,41	50,46	
25 000-100 000 "	10,62	980,41	17,41	
10 000-25 000 "	6,00	456,00	8,54	
5 000-10 000 "	4,01	198,37	3,78	
2 000-5 000 "	3,05	146,87	2,79	
bis zu 2 000 "	1,94	23,55	0,44	
<b>Landgemeinden mit</b>				
über 10 000 Einw.	5,32	300,14	5,69	
5 000-10 000 "	3,47	97,28	1,82	
2 000-5 000 "	2,51	95,76	1,79	
500-2 000 "	16,80	158,30	2,98	
bis zu 500 "	15,27	91,90	1,72	

Auf die Großstädte entfiel also mehr als die Hälfte der gesamten Gemeindegeldschulden, während ihr Anteil an der Bevölkerung noch nicht ein Viertel der Gesamtheit ausmacht! Auch bei den größeren Mittelstädten ist der Anteil ihrer Schulden noch beträchtlich höher, als der auf diese Städtegruppe entfallende Anteil der Bevölkerung gewesen, und bei den Städten mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern übertrifft er sogar den letzteren auch noch um fast 2 Prozent. Bei sämtlichen übrigen Gemeindegattungen war dagegen der Schuldenanteil geringer, als ihr Anteil der Bevölkerung, noch am wenigsten bei den großen und am meisten bei den kleinen Landgemeinden. Daraus ergibt sich also, wie die Kölnische Volkszeitung schreibt, daß die Schulden der Großstädte ganz unverhältnismäßig groß sind, was eine deutliche Beleuchtung der Klagen über die Baupolitik der großen Städte darstellt. Denn ein erheblicher Teil der Schulden stammt aus Luxusbauten, und die Städte sollten sich diese „Milliardenziffer“ endlich zur Mahnung dienen lassen. Diese Milliardenziffer heißt nämlich auch Ueberschwemmung des Marktes der Städteanleihen und damit Beeinträchtigung des guten Rufes dieser Anleihen.

## Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

### Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 26. Mai. Die Börse begann in ziemlich fester Haltung bei sehr geringer Unternehmungslust. Auch heute ständen die Vorgänge in Albanien im Mittelpunkt der Diskussion. Da der Wiener Markt dieser Angelegenheit ziemlich ruhig entgegenkam, so wurden von Seiten der Spekulation diese Vorgänge weniger ernst betrachtet. Von den auswärtigen Börsen wie London, Paris und New York lag keinerlei Anregung vor. Ueber die Verbandsverhandlungen in der Montanindustrie ist nichts Neues zu Tage getreten und es dürfte auch einige Zeit brauchen, bis man von einem Ergebnis reden kann. Montanpapiere setzten bei behaupteter Tendenz ein. Phönix schwächten sich etwas ab. Eisenkirchens waren lebhafter. Heimeische Banken erlitten nur geringe Kursveränderungen. Petersburger Internationale Handelsbank und Diskonto schwächten sich ab. Unter den Transportwerten sind Lombarden erhöht, der Kurs konnte sich etwas erhöhen. Baltimore schwach 91½. Schantung behauptet. Für Schiffahrtsaktien bestand vorübergehend Abgang. Paketfahrt wurden realisiert. Elektropapiere verkehrten in ruhiger Haltung und zeigten keine nennenswerten Kursveränderungen. Renten lagen ruhig und behauptet. Die Stimmung wurde später etwas besser.

Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Geschäftstätigkeit auch heute stärker eingetrigt. Chemische Aktien schwächer.

Badische Anilin schwach, 397,50 bez. Maschinenfabriken ziemlich prethaltend. A.-G. Bad Salzschrift notierten erstmals 120 bez. Die Stammbanken der Internationalen Baugesellschaft notierten ex Div.-Kup. (12 Proz.) 203,80, die Prioritätsaktien derselben Gesellschaft ex Div.-Kup. (12 Proz.) 204 Prozent. Naphtia gut behauptet. Das Prologisationsgeschäft nahm einen glatten Verlauf, wie dies bei dem niedrigen Zinssatz von 3½-3¾ Prozent selbstverständlich ist. Der Status der Reichsbank hat in der dritten Maiwoche eine weitere kräftige Besserung erfahren, vermochte aber auf das Geschäft keine Belebung zu bringen. Bei etwas regerem Geschäft sind Lombarden zu erwähnen, welche auf Wiener Anregung anzuogen 18¼-¼. Es notieren Kredit 19¼, Diskonto 18¼, Dresdner 149,20, Staatsbahn 151¼, Lombarden 18¼-¼, Baltimore 91½ Prozent.

Privatdiskont: 2½ Prozent.

Die Zulassung der nominal M. 1 Mill. Aktien Nr. 1-1000 der Hydrometer Breslauer Wassermeßfabrik A.-G. in Breslau zur Notierung im Öffentlichen Börsennotablat wurde genehmigt.

### Berliner Effektenbörse.

Berlin, 26. Mai. Im Zusammenhang mit der Ultimo-Liquidation und der für morgen bevorstehenden Prämien-Erklärung ergab sich an der Börse eine schwächere Veranlagung, zumal da die Unternehmungslust sich, im Hinblick auf die ungeklärte Verhältnisse in Albanien und die finanziellen Sorgen in Paris, sowie auch wegen der schwerwiegenden Verbandsverhandlungen, wiederum in recht engen Grenzen hielt. Es kann da nicht Wunder

nehmen, daß die Kursänderungen nicht sehr bedeutend waren. Am Montanmarkt sind mit etwas kleineren Abschwüngen Laura und besonders Hohenlohe hervorzuheben. In letzteren nahm die Baissepartei aus bekannten Ursachen wieder große Abgaben vor, doch konnten sich die Kurse später auf 103 ungefähr behaupten. Ueber 1 Prozent rückgängig waren Deutsch-Australier und Otavi. Letztere auf Realisationen. In russischen Banken setzte sich die rückläufige Kursbewegung auch heute fort. Das Ergebnis war ein Rückgang bis zu 4 Prozent; Naphtia Nobel gingen um 3 Prozent bis auf 361 zurück. Von Verkehrswerten waren Baltimore in schwächerer Haltung, konnten sich aber ebenso wie Canada später im Kurs befestigen. Spross-Reichsanleihe, die in den letzten Tagen ihren Kurs aufwärts bewegten, haben wieder eine Besserung erzielt.

Als Justos und trägt bei geringen Schwankungen war auch weiterhin der Börsenverlauf zu berechnen. Tägliches Geld 2-2½ Prozent. Ultimo 3½ Prozent ca. Sätze der Seehandlung unverändert.

Bei Schluß des amtlichen Verkehrs trat nur wenig Veränderung ein. Doch war die Grundtendenz als entschieden freundlicher zu bezeichnen. Lombarden erhoben sich von ihrem getriggen Rückgang.

Der Kassamarkt der Industriewerte war heute überwiegend abgeschwächt. An der Nachbarbörse waren die Kurse bei kleinen Umsätzen nur wenig verändert.

Privatdiskont: 2½ Prozent.

## Handel und Industrie.

### Aufschwung des deutschen Schiffbaus.

A. C. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werften hat in den letzten 15 Jahren eine Steigerung erfahren, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts auch optimistische Beurteiler wohl nicht für möglich gehalten haben. Auch, wenn man nicht gerade technische Rekordleistungen wie den Bau der Hapagdampfer „Imperator“ und „Vaterland“ zum Maßstab nimmt, sondern die Gesamtproduktion des deutschen Schiffbaus in den Jahren 1898 bis 1913 zum Vergleich heranzieht, wird man zu überraschenden Ergebnissen kommen. Nach den statistischen Aufstellungen des „Germanischen Lloyd“ ergeben sich nämlich für diesen Zeitraum folgende Vergleichsziffern über Zahl und Bruttogehalt der auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe:

Jahr	Kriegsschiffe		Kaufahrtschiffe		Flußschiffe	
	Zahl	Reg.-Tons	Zahl	Reg.-Tons	Zahl	Reg.-Tons
1898	55	92.200	399	421.090	184	32.581
1900	45	98.350	446	574.000	196	32.094
1902	22	106.754	545	631.148	155	23.282
1903	35	123.755	1.001	861.285	200	21.502
1904	39	140.000	967	662.000	181	30.292
1905	32	170.000	1.283	858.345	160	17.460
1906	39	188.494	1.076	693.052	180	23.202
1907	42	178.532	1.192	1.296.496	176	16.731
1913	34	161.790	1.216	1.245.077	198	22.310

Demnach waren im Jahre 1913 insgesamt 1438 Schiffe mit einem Rauminhalt von zusammen 1 529 967 Reg.-Tons im Bau gegen 528 Schiffe mit 546 461 Reg.-Tons im Jahre 1898. Die Steigerung war bei weitem am stärksten bei den Kaufahrtschiffen. Die Ausdehnung des Kriegsschiffbaus blieb demgegenüber nicht allzu sehr ins Gewicht. Der Aufschwung der deutschen Werften ist die unmittelbare Folge der kräftigen Entwicklung des deutschen Ueberseehandels und Seeverkehrs. Die Aufträge ausländischer Besteller haben sich der Zahl nach in den letzten 15 Jahren auch vermehrt, die in Betracht kommende Tonnage hat sich jedoch etwas verringert. Die inländischen Werftbetriebe waren eben fast durchweg mit Aufträgen für deutsche Rechnung reichlich versehen und brauchten der ausländischen Konkurrenz nur dort gegenüberzutreten, wo es sich um Vergabe von Bauten für deutsche Reedereien handelte. Auf ausländischen Werften befanden sich im Jahre 1913 für deutsche Rechnung 132 Schiffe mit 48 504 Reg.-Tons im Bau gegen 58 Schiffe mit 103 496 Reg.-Tons im Jahre 1898. Berücksichtigt man den ungeheuer gewachsenen Bedarf der deutschen Reedereien, so ergibt sich, daß es den inländischen Werften gelungen ist, die ausländische Konkurrenz hier fast vollkommen aus dem Felde zu schlagen.

### Deutsch-Ueberseeische Elektrizitätsgesellschaft, Berlin.

Nach dem Abschluß für 1913 erbrachten die Betriebsüberschüsse der Elektrizitätswerke Mark 25 188 039 (23 510 530). Zinsen, Dividenden und sonstige Einnahmen 5 885 842 (5 710 396) Mark. Andersorts erforderten Unkosten Berlin 668 390 (741 447) M., Squero Berlin 915 158 (782 811) M., Slegern und Abgaben Buenos Aires 2 271 851 M. (2 035 311 M.), Versicherungen Buenos Aires 201 646 (195 747) M., Anleihezinsen 3 077 004 M. (4 217 887 M.), Pacht für Primitiva-Zentrale 614 366 (614 351) M., Abschreibungen und Ueberweisungen 6 674 555 (6 162 474) M., darunter wieder 3 Mill. M. an den Verfügungsbestand, ferner 812 495 (742 116) M. an den Buenos Aires-Erneuerungsbestand und 1 500 000 (1 300 000) M. an den Buenos Aires-Kapitalrücklagenbestand. Außerdem werden 150 000 (184 000) M. für Talonsteuer und 24 945 (23 775) M. für einzuhebende Schuldverschreibungen zurückgestellt. Im Vorjahr wurden noch 1 261 700 M. zur Deckung des Disagios auf im Jahre 1913 begebene Schuldverschreibungen Reihe VII zurückgestellt. Zusätzlich 283 039 (278 676) M. Vortrag steigt der Reingewinn auf 14 728 038 (13 279 814) M., der folgende Verwendung erhalten soll: Unterstützungskasse für Beamte und Arbeiter wieder 400 000 M., Aufsichtsrat 541 935 (496 774) Mark, bekanntlich wieder 11 pCt. Dividende auf 120 Mill. M. (auf 100 Mill. M. für 1 Jahr und auf 20 Mill. M. für ½ Jahr) und Vortrag 586 102 Mark.

Laut Geschäftsbericht wurden Argentinien, Chile und Uruguay von einer wirtschaftlichen Krise heimgesucht, die einen lähmenden Einfluß auf das geschäftliche Leben dieser Länder ausübte und auch heute noch nicht überwunden ist. Bei den Elektrizitätswerken in Buenos Aires betrug die Energieerzeugung 227 190 875 Kwhl. (209 971 318 Kwhl.), während sich die nutzbar abgegebene Energiemenge auf 179 462 398 Kwhl. (162 090 634 Kwhl.) stellte. Der Betriebsüberschuss



Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Inländische Effektenbörsen.

Mannheim, 26. Mai

Obligations.

Table of domestic obligations including Staatsanleihen, Pfandbriefe, and Aktien.

Banken.

Table of bank exchange rates for various banks like Reichsbank, Hypothek-Bank, etc.

Bahnen.

Table of railway rates for various lines.

Industrie-Oblig.

Table of industrial obligations from various companies.

Brauereien.

Table of brewery exchange rates.

Transport u. Versicherung.

Table of transport and insurance rates.

Frankfurt, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Frankfurt.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Frankfurt.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations.

Staatspapiere u. Staatsanleihen.

Table of government securities and bonds.

Bank- und Versicherungs-Aktion.

Table of bank and insurance shares.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table of shares of German and foreign transport companies.

Bergwerkaktien.

Table of mining shares.

Frankfurt, 26. Mai.

Schlusskurse. (Fortsetzung.)

Aktien industrieller Unternehmen.

Table of industrial shares in Frankfurt.

Pfandbriefe.

Table of mortgage bonds in Frankfurt.

Prioritäts-Obligations.

Table of priority obligations in Frankfurt.

Nachbörse.

Table of after-market trading in Frankfurt.

Privatdiskont.

Table of private discount rates in Frankfurt.

Berlin, 26. Mai.

Reichsbankdiskont.

Table of Reichsbank discount rates in Berlin.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Berlin.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Berlin.

Wechsel.

Table of exchange rates in Berlin.

Staatspapiere u. Staatsanleihen.

Table of government securities in Berlin.

Bank- und Versicherungs-Aktion.

Table of bank and insurance shares in Berlin.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table of shares of German and foreign transport companies in Berlin.

Bergwerkaktien.

Table of mining shares in Berlin.

Nachbörse.

Table of after-market trading in Berlin.

Ausländische Effektenbörsen.

Paris, 26. Mai.

Schlusskurse.

Table of foreign market closing rates in Paris.

Wien, 26. Mai.

Anfangskurse. (10 Uhr vorm.)

Table of opening market rates in Vienna (10 AM).

(1 Uhr 50 Min. nachm.)

Table of opening market rates in Vienna (1:50 PM).

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Vienna.

London, 26. Mai.

Diskont der Bank von England.

Table of Bank of England discount rates in London.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in London.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in London.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Table of Mannheim grain market prices.

Berlin, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Berlin.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Berlin.

Amsterdam, 26. Mai.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Amsterdam.

Antwerpen, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Antwerp.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Antwerp.

Budapest, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Budapest.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Budapest.

Liverpool, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Liverpool.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Liverpool.

London, 26. Mai. (1 Uhr nachm.)

Table of opening market rates in London (1 PM).

Anfangskurse.

Table of opening market rates in London.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in London.

Wien, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Vienna.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Vienna.

London, 26. Mai. (1 Uhr nachm.)

Table of opening market rates in London (1 PM).

Anfangskurse.

Table of opening market rates in London.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in London.

Amsterdam, 26. Mai.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Amsterdam.

Antwerpen, 26. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening market rates in Antwerp.

Schlusskurse.

Table of closing market rates in Antwerp.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Table of Mannheim grain market prices.

Schiffahrts-Nachrichten vom Mannheimer Hafenverkehr.

Table of shipping news from Mannheim.

MARCHVUM

